

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend - Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. - Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle Charlottenburg 1, Brabeck 2-5 - Fernruf Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 4

Berlin, den 24. Januar 1931

6. Jahrgang

Die Weltwirtschaftskrise.

Allmählich hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die furchtbare Krise, unter der wir heute leiden, nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern nahezu die ganze Weltwirtschaft erschüttert hat. Wenn auch aus besonderen Gründen — über die in einem folgenden Artikel gesprochen werden soll — auf Deutschland die Krise besonders schwer lastet, so ist die deutsche Krise letzten Endes doch nur als ein Ausschnitt aus der Weltwirtschaftskrise zu verstehen. Es soll deshalb der Versuch gemacht werden, einen Überblick über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise zu gewinnen.

Es ist zum Verständnis einer Krise immer wichtig, festzustellen, in welchem Punkt des Wirtschaftsgetriebes sie sich zuerst bemerkbar gemacht hat. Für den Ausbruch der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, der für den Herbst des Jahres 1929 anzugehen ist, sind — von der Ermattung des deutschen Wirtschaftslbens seit dem Beginn des Jahres 1929 abgesehen — zwei Vorgänge von großer Bedeutung gewesen: die Senkung der Weltrohstoffpreise im Laufe des Jahres 1929 und der Verlauf der amerikanischen Börsenspekulation.

Die Senkung der Rohstoffpreise setzte bezeichnenderweise in einem Zeitpunkt ein, in dem sich die industrielle Produktion der wichtigsten Industrieländer — von Deutschland, wie erwähnt, abgesehen — noch in voller Blüte befand. So war z. B. der (von Saisonschwankungen bereinigte) Produktionsindex der Vereinigten Staaten von 117 im Januar 1929 bis auf 127 im Juni 1929 hinaufgeklommen, und sank erst dann allmählich bis auf 122 im September 1929. Ähnlich stieg der Produktionsindex in England von 108,8 im ersten Vierteljahr 1929 mit Unterbrechungen bis auf 115 im vierten Vierteljahr 1929.

Demgegenüber sind die Weltrohstoffpreise im Verlauf des Jahres 1929 bereits empfindlich gesunken. So sanken die Weltmarktpreise für:

Kaffee von Februar bis Dezember 1929	um 61 Proz.
Weis im Laufe des Jahres 1929	um 33 Proz.
Schmalz von März bis Dezember 1929	um 22 Proz.
Kupfer von März bis November 1929	um 32 Proz.
Zinn von März bis November 1929	um 25 Proz.
Wolle von Januar bis Dezember 1929	um 33 Proz.
Baumwolle von März bis November 1929	um 21 Proz.
Kautschuk von Februar bis Dezember 1929	um 32 Proz.

Das eigentliche Signal zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gaben aber die Vorgänge, die sich im Laufe des Jahres 1929 auf der amerikanischen Effektenbörse abspielten. Die andauernde Hochkonjunktur der Industrie hatte die Aktienkurse immer höher hinaufgetrieben, bis schließlich im Jahre 1929 eine noch nie dagewesene Haussepekulation einsetzte. Eine solche Spekulation erfordert aber ungeheure Kapitalien, und so strömten denn, angezogen durch die Aussicht auf hohe Spekulationsgewinne und durch die hohen Zinsen, die die Börsenspekulation für geliehenes Kapital zahlte, gewaltige Kapitalmassen an den amerikanischen Effektenbörsen. Die Wallstreet lebte an der New Yorker Börse, also die Weltkapitalien, mit denen die Börsenspekulation arbeitet, wiejen folgende schwindelerregende Steigerung auf:

	in Millionen Dollar
September 1927	3600
November 1928	6400
Oktober 1929	8500

Am Höhepunkt der amerikanischen Börsenspekulation zirkulierte also auf der New Yorker Effektenbörse mehr Kapital, als der gesamte Kapitalwert der deutschen Reparationen beträgt. Dieses Kapital stammte nicht nur von den amerikanischen Banken, sondern strömte aus aller Welt nach Amerika, selbst aus dem kapitalarmen Deutschland, und vor allem waren es die amerikanischen Industriellen selbst, die in der Finanzierung der Börsenspekulation bereits ein besseres Geschäft sahen als in der Anlage in ihrem eigenen Betrieb.

In dieser eigenartigen Erscheinung, daß die industriellen Unternehmer noch während der Hochkonjunktur Kapital zur Börse brachten, statt die eigenen Betriebe zu erweitern, lag bereits das Anzeichen der nahenden Krise. Und tatsächlich brach sie auch auf dem Höhepunkt der Spekulation jählings herein. Innerhalb weniger Wochen erlitten die amerikanischen Börsenkurse einen furchtbaren Zusammenbruch. Der Index der Industriefaktoren, der am 3. September 1929 auf dem Höchststand von 381,17 angelangt war, sank bis zum 13. November 1929 auf 198,69, also nahezu auf die Hälfte. Dieser schwere Schlag, den die Börse erlitten hatte, pflanzte sich sofort auf die Industrie fort. Die Spannungselemente, die seit dem Frühherbst 1929 in Erscheinung getreten waren, entluden sich. Die Krise der industriellen Produktion brach aus. Innerhalb zweier Monate (von Oktober bis Dezember 1929) sank der von Saisonschwankungen bereinigte Produktionsindex der Vereinigten Staaten von 117 auf 99, also um mehr als 15 Proz.

Welche Kräfte lagen diesen eigenartigen Bewegungen zugrunde? Wie kam es, daß mitten in einer Hochkonjunktur der industriellen Wirtschaft die Rohstoffpreise zu sinken begannen, und daß ein Zusammenbruch überspannter Börsenkurse in Amerika das ganze industrielle Leben dieses Landes erschütterte und daß gleichartige Erscheinungen in der industriellen Produktion nahezu aller Länder zutage traten? Offenbar mußte der

Krankheitskeim schon in der Wirtschaft gelegen haben, und der Niedergang der Rohstoffpreise und der Börsenkurse war nur das Signal zum Ausbruch der Krise. Und in der Tat lassen sich die Krankheitskeime leicht feststellen. Wir erblicken sie in übereinstimmend mit den meisten Wirtschaftsbeobachtern in folgenden Tatsachen:

Das Grundübel, an dem die Weltwirtschaft leidet und das sie in die Krise hineintrief, ist die Armut des größten Teiles der Welt. Die industrielle Produktion war während der Hochkonjunktur der vergangenen Jahre mächtig emporgeschlagen. Die Kapazität der Produktion war ungeheuer erweitert worden, vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch in den meisten anderen Industrieländern. Die Kaufkraft der Massen jedoch, die die Konsumgüter aufnehmen sollten, um derentwillen die Produktionsmittel vermehrt wurden, war stark dahinter zurückgeblieben, vor allem in Europa, aber auch in Amerika. So läßt sich statistisch nachweisen, daß in den Vereinigten Staaten in den letzten Phasen der Hochkonjunktur (1927 bis 1929) die Löhne im Durchschnitt bereits unverändert blieben, ihre Steigerung also eingestellt hatten, während die industriellen Investitionen noch gewaltig anwuchsen. Dieses Mißverhältnis mußte zur Krise führen, und es wurde zuerst in der Rohstoffproduktion offenbar. Die Nachfrage nach Rohstoffen, die einer weiteren Industriexpansion dienen sollte, begann zu sinken, die Rohstoffpreise glitten ab. Die Industrie trug die ihr zufließenden Kapitalien und Gewinne, statt sie zu investieren, an die Börse und näherte dort eine künstliche Hausse. Mit dem Einsetzen der Investitionen aber kamen die Produktionsmittelindustrien zum Erliegen; die Krise brach aus.

Verstärkt wurden die Krisenursachen durch die wahnfinnigen wirtschaftspolitischen und politischen Verhältnisse, unter denen die Welt leidet. Der Weltmarkt wird aufs Schwerste durch die Aufrichtung immer neuer Zollmauern zwischen den Völkern und durch die gewaltigen politischen Bewegungen im Osten (Russe in Indien, Bürgerkrieg in China, weitgehende Absperrung Rußlands von der Weltwirtschaft) gehemmt. Der Ausgleich der produktiven Kräfte innerhalb der Weltwirtschaft durch den Kapitalverkehr erleidet die schwersten Hemmnisse, weil die politische Unsicherheit in weiten Gebieten Europas den Kapitalstrom in falsche Bahnen lenkt. Reparationen und Kapitalflucht ziehen Kapital von kapitalarmen in kapitalreiche Länder ab. Die politische Unsicherheit in Mittel-

und Osteuropa schreckt das Kapital aus den kapitalreichen Ländern ab, in die Gebiete zu fliehen, in denen es am dringlichsten gebraucht wird. Alle diese Störungen des Waren- und Kapitalverkehrs hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte in Europa, brücken auf die Kaufkraft seiner Bevölkerung und verschärfen das Mißverhältnis zwischen der Entfaltung der Produktion und der Entwicklung der Kaufkraft für Konsumgüter.

Aus diesem Grunde lastet die gegenwärtige Krise schwerer als jemals auf der Weltwirtschaft und am schwersten auf den hochindustriellen Ländern, den Vereinigten Staaten, England und Deutschland einerseits, auf den Rohstoffländern andererseits. Denn die Rohstoffländer finden keinen Absatz für ihre Produkte oder müssen diese zu Katastrophenpreisen abgeben, und in den hochindustriellen Ländern stockt aus Absatzmangel die industrielle Produktion. Etwas günstiger stehen noch jene Länder da, die auf den Warenverkehr mit dem Ausland weniger angewiesen sind, wie z. B. Frankreich. So ist der industrielle Produktionsindex vom zweiten Vierteljahr 1929, in dem die Abwärtsbewegung im Allgemeinen sich noch nicht bemerkbar gemacht hatte, bis zum dritten Vierteljahr 1930 gesunken:

in Deutschland	um 24,8 Proz.
in den Vereinigten Staaten	um 28,4 Proz.
in England	um 11,2 Proz.
in Frankreich	um 0,6 Proz.

Aus dem Gesagten ergibt sich, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit der furchtbare Druck der Krise endlich von der Weltwirtschaft weicht. Die Völker der Welt müssen endlich daran gehen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zueinander besser als bisher zu organisieren. Die Hemmnisse des Warenverkehrs zwischen Land und Land müssen weitgehend abgebaut werden, die Richtung des Kapitalverkehrs muß umgelenkt, die Hindernisse, die dem Kapitalstrom von den kapitalreichen in die kapitalarmen Länder entgegenstehen, müssen bekämpft und die internationalen Reparations- und Kriegsschulden müssen einer abermaligen Revision unterzogen werden. Aufgabe der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationale, deren Vertreter sich in vielen Ländern zu diesem Zweck in Zürich versammelten, wird es sein, den Völkern der Welt die Wege zu weisen, die sie beschreiten müssen, um endlich durch vereinte Anstrengungen einen Weg aus der Krise der Weltwirtschaft zu finden. Alfred Brauntal.

Änderung im Schlichtungswesen.

Es ist schon reichlich viel Unfug getrieben worden mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung. Namentlich die deutschen Linksparteien, und insbesondere die freien Gewerkschaften, haben bisher mehr Verdruß als Freude durch diese Verfassungsbestimmung erlebt. Als um so bemerkenswerter muß es daher bezeichnet werden, wenn einmal durch die bei den Staatsmännern unentbehrlich gewordene Ratentilgung des Artikels 48 etwas zustande kommt, was für die Arbeiterschaft als kleiner Vorteil gebucht werden kann: Der Reichspräsident hat am 9. Januar eine Notverordnung zur Abänderung der Schlichtungsordnung erlassen, die dem Reichsarbeitsgericht einen nicht unanfechtbaren Vorkreis gibt und die eine beträchtliche Anzahl von Doktorarbeiten und anderer Schreibeereien wertlos und nutzlos macht.

Die neue Notverordnung beseitigt zum großen Teil die Wirkungen eines der unkritischsten Urteile des Reichsarbeitsgerichts. Dieses Urteil des obersten Arbeitsgerichts wurde vor zwei Jahren im Anschluß an den Metallarbeiterkampf im Ruhrgebiet erlassen und gilt heute noch für viele Juristen als ein Musterbeispiel für Interessenjustiz und Begriffsjurisprudenz. Wie noch aus dem Urteile hervorgeht, beseitigte dieses Urteil (und mit ihm ein Schwanz von Urteilen unterer Instanzen) den sogenannten Einmännlichspruch. Die praktische Handhabung der Schlichtungsverordnung hatte ergeben, daß es in zahlreichen Fällen nicht möglich war, eine klare Mehrheit für eine der Forderungen der Parteien in der Schlichtungskammer zu erzielen. Sehr oft vertrat der Unternehmerbeisitzer die Forderungen der Unternehmer und wich nicht von ihnen ab, und der Arbeitnehmerbeisitzer vertrat die Forderungen der Arbeitnehmer und gab nicht nach. Konnte es der „unparteiliche“ Vorsitzende nicht über sich bringen, sich der einen oder der anderen Seite anzuschließen, so fällt er praktisch einen Schiedsspruch nach seiner eigenen Überzeugung, die gewöhnlich beiden Seiten möglichst gerecht zu werden versuchte. Diese Praxis stütze sich auf § 21 Abs. 5 der Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung. Dort heißt es:

„Bilden sich bei der Abstimmung mehr als zwei Meinungen, von denen keine mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt, so ist zu versuchen, die Mehrheit der Stimmen auf eine Meinung zu vereinigen. Gelingt dies nicht, so entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“

Das geschilderte Verfahren war jahrelang brauchbar, bis es dem Reichsarbeitsgericht einfiel, mit beispielloser Rücksichtlosigkeit das Geanteil zu beweisen. Weil in den angeführten Fällen der Stimmenteil des Vorsitzenden faktisch wie ein Schiedsspruch dieses Vorsitzenden allein (und nicht der ganzen Kammer) in Erscheinung treten konnte, erklärte das Reichsarbeitsgericht, daß dieses Verfahren unzulässig sei, weil ein Schiedsspruch der Schlichtungskammer, nicht aber nur ein solcher des Vorsitzenden erforderlich sei. Der Erfolg war, daß fortan in zahlreichen Fällen, trotz langwieriger Verhandlungen,

überhaupt kein Schiedsspruch mehr zustande kam. Dieses Ergebnis wurde auch von denen, die keine allzu begeisterten Anhänger des Schlichtungswesens sind, als überaus wirtschaftlichschädigend empfunden. In der Mehrzahl der Fälle hatte die Arbeiterschaft den Schaden.

Durch den neuen Schlichtungsweg wurde die Streitfrage aufs Neue gestellt. Die Schlichtungsverhandlungen ergaben keine Mehrheit in der Kammer im Sinne des Reichsarbeitsgerichts und mußten demgemäß als gescheitert betrachtet werden. Die dadurch entstehende Lohnvereinbarungslücke drohte sich zu einer schweren Erschütterung des politischen und wirtschaftlichen Lebens auszuwirken. Wie schwer ein Kohlenarbeiterstreik eine Volkswirtschaft benachteiligen konnte und wie sehr er die konkurrierende Auslandswirtschaft anhubeln konnte, zeigte ja der große von Cool geführte englische Kohlenarbeiterstreik, dessen Rückzieher Deutschland wurde. So fand die Reichsregierung hinreichend Grund, die Gewährung öffentlicher Interessen zu behaupten und zu sehen, was mit dem Artikel 48 zu machen sei.

Die Notverordnung bezieht sich zunächst nur auf den Fall, daß das öffentliche Interesse gefährdet ist. Die Notverordnung stellt auch nicht den alten Einmännlichspruch wieder her. Sie hat einen komplizierteren Weg gewählt. Sie bestimmt, daß dann, wenn der Reichsarbeitsminister einen besonderen Schlichter bestelle (weil im öffentlichen Interesse nach Ansicht des Ministers ein neues Schlichtungsverfahren erforderlich sei), der Minister dem Schlichter aufgeben kann, zur Schlichtungskammer außer den Vertretern der beiden Interessentengruppen noch zwei unparteiliche Beisitzer heranzuziehen. Diese erweiterte Kammer verhandelt dann zunächst in ihrer erweiterten Zusammensetzung. Ist durch diese erweiterte Kammer (nach der Feststellung des Vorsitzenden) eine rechtmäßige Mehrheit nicht zu erzielen, so scheiden die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus der Kammer aus, und die drei verbleibenden Unparteilichen müssen dann versuchen, mit Stimmenmehrheit einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch ist dann, wie alle anderen Schiedsprüche auch, lediglich ein Vereinbarungsvorschlag an die freitretende Parteien. Annahme und Ablehnung liegt bei ihnen, und das Hauptgewicht liegt nach wie vor bei der Verbindlichkeitsklärung. Die Verbindlichkeitsklärung erst macht den Schiedsspruch zum Zwangstarif. Sie soll aber nur erfolgen, wenn der Inhalt des Spruchs „bei gerechter Würdigung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht“ und wenn sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Die Neuerung ist zwar nicht gerade heilsbringend; sie zeigt aber aus einer Endphase der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts einen Weg ins Freie. Ansofern und nur insofern ist sie begrüßenswert; keinesfalls aber reicht sie aus, um dem seit dem Berliner Metallschiedsspruch beträchtlich gemachten Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen das Schlichtungswesen den Boden zu entziehen. W. A. Reitz.

Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht.

Die Tatsache, daß das Reichsarbeitsministerium am 12. Januar d. J. eine Konferenz zur Besprechung der Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht einberufen hatte, erweckte in der Öffentlichkeit verschiedene Meinungen, als ob man an verantwortlichen Regierungskreisen die Durchführung dieser Pläne ernsthaft in Erwägung gezogen habe. Es war deshalb notwendig zur Klärung der Situation, daß Staatssekretär Geib bei der Eröffnung der Konferenz — zu der die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände sowie verschiedene sachverständige Persönlichkeiten geladen waren — erklärte, daß die Einberufung dieser Konferenz keineswegs eine Aenderung in der Stellung des Reichs zur Frage der Arbeitsdienstpflicht bedeute. Auch die in der Presse wiederholt angeführten Betrachtungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zur Arbeitslosenfrage und dem Statistiken dieser Besprechung seien gegenstandslos.

Ministerialrat Dr. Leffelt hatte es übernommen, der Konferenz zu zeigen, welche Fragen bei der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vorliegenden, verschiedenen Projekten zu lösen wären. Aus der Fülle der Überlegungen, die sich dem objektiven Bearbeiter ergaben, seien nur die wesentlichen herausgehoben. Alle Befürworter haben denselben Ausgangspunkt: die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeitslosen erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 bis 2 1/2 Jahren. Der Antrag der Wirtschaftspartei unterstellt nur die männlichen Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht, während andere Projekte auch die Frauen erfassen wollen. Schwierigkeiten sah der Referent in verschiedener Hinsicht; da man sich einig ist, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zusätzlichen Charakteres — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnten — geleistet werden darf, dürften nur wenig geeignete Arbeiten zu finden sein. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden ist. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft? Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die meisten jungen Jahrgänge — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben des Unterrichts, der Arbeitsleitung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 RM ergeben würden, da ja auch die Aufwendungen für Arbeitsmaterial, Werkzeug, Maschinen usw. zu berücksichtigen sind. Welche wirtschaftlichen Werte gegenüber den aufzubringenden Milliarden erarbeitet werden könnten, ist überhaupt nicht zu berechnen, denn hierzu weiß man nur eins positiv: jede

Zwangsarbeit bringt erheblich weniger Ertrag als eine freiwillig geleistete Arbeit.

Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Haltung in der Ablehnung des Arbeitsdienstgedankens. Für die Gewerkschaften erklärte Kollege Graumann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung mit aller Leidenschaft bekämpfen. Erst ziemlich zum Schluß der Aussprache bekannte sich Herr Schienberg von der Wirtschaftspartei zu dem Antrag seiner Fraktion, ohne eigentlich mehr zu sagen, als man möge doch einen Unterschuß einlegen, der vor allem die Kostenfrage durcharbeitete. Demgegenüber wurde von gewerkschaftlicher Seite unter Zustimmung der Arbeitgeber erklärt, daß eine Weiterberatung gar keinen Sinn habe, daß es aber notwendig sei, die Öffentlichkeit ganz eindeutig zu unterrichten. Auch von der Regierung müsse erwartet werden, daß sie klar Stellung nimmt und ihre Stellungnahme bekannt gibt.

Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und daß eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Anschließend kam das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst“ zur Erörterung, wobei sich ergab, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht — die in der Mehrzahl die Durchführung ihrer Pläne erst im „Dritten Reich“ für möglich halten — verstehen darunter vorbereitende, versuchsartige Maßnahmen, wie sie seit einigen Jahren z. B. von den Artamanen unternommen werden, um freiwillige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als Ersatz für Ausländer zu gewinnen. Präsident Schrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnte dabei mitteilen, daß in Verbindung mit diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst der Gedanke ausgesprochen werde, diejenigen, die ein freiwilliges Arbeitsdienstjahr absolviert haben, bevorzugt bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln. Sie in ihren Arbeitsstellen besonders zu sichern. Für die Gewerkschaften lehnte Kollege Maschke solche Gedanken aufs schärfste ab und betonte, daß es doch völlig unangebracht sei, sich mit irgendwelchen völlig ungeklärten Projekten wie dem freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wenn es heute nicht einmal möglich sei, die notwendigen Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsschulpflichtig sind, durchzuführen, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die arbeitslosen Jugendlichen etwas tun wolle, der müsse bei allen verantwortlichen Stellen dafür eintreten, daß die von den Arbeitsämtern, der Jugendpflege, den Berufsschulen und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslosen Jugendlichen finanziell gesichert werde.

Diesen Ausführungen stimmte die Konferenz einmütig zu, so daß sie wenigstens ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

Berufswahl in den Glends-Industrien.

Als Glends-Industrien bezeichnet man in der Regel solche, die mit Hausarbeit stark durchsetzt sind, insbesondere — wo die Familien-Hausarbeit im Vordergrund steht —

„Was willst du werden?“ „Was werde ich?“ „Du wirst dich eignen.“ „Du wirst dich eignen.“ Das sind Fragen und Überlegungen von Eltern und deren Kindern, wo die Schulentlassung zu erwarten ist, und es kommt noch recht oft die bange Frage der Eltern hinzu: „Werden wir unser Kind unterbringen in dem Beruf, für welchen die Eignung erkannt ist?“

Die Berufswahl im allgemeinen geht ähnlich vor sich, wie oben geschildert. Dabei spielt in den Groß- und Mittelstädten die Berufsberatung eine nicht unerhebliche Rolle. Auch auf dem Lande ist bereits ihr Einfluß zu merken.

In den Glends-Industrien ist heute wie früher immer noch das ausschlaggebende Moment für die Berufswahl des Kindes, das die Schulentlassung erwartet, der Nachspruch eines der Eltern, und dieser Nachspruch, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern bestimmt wird und ihrer geistigen Einstellung entspringt, heißt gewöhnlich: „Du wirst, was ich war!“ Gewiß hat die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften und auch der Berufsberatung über die Arbeitsmöglichkeiten der Dreizehner geschlagen. Der Nachspruch der Eltern, der früher Regel war, weicht teilweise der Vernunft, aber immer noch ist die Mehrzahl der Fälle Berufsbestimmung durch die Eltern. Solchen Eltern kann gar nicht eindringlich genug gesagt werden, wie schwer sie an ihren Kindern sündigen, aber auch vom menschenökonomischen Standpunkt aus kann die Berufsbestimmung durch die Eltern zur Vergeudung eines Teils höchsten und heiligsten Guts der Gesellschaft führen: zur Vergeudung von Arbeitskraft.

Der Wert der Arbeitskraft und der Arbeit überhaupt denen zur vollen Erkenntnis zu bringen, die in Glends-Industrien als Arbeiter tätig sind und daneben Elternpflichten zu erfüllen haben, wird seit Jahrzehnten unermüdlich durch die Gewerkschaften und anderen Gebilde der Arbeiterbewegung verfolgt. Der gesellschaftlichen Wert der Arbeit begriffen hat, wird sein Kind nicht zu einem Beruf bestimmen, von welchem er nicht weiß, ob das Kind auch die Eignung dazu hat.

Gewiß, die sehnsüchtige kapitalistische Privatwirtschaft, deren Auswirkungen wir gegenwärtig durchleben, kann manchem Erziehungsberechtigten die Klare und logische Überlegung rüben. Unter solchen Umständen kommt eine unrichtige Entscheidung leicht zustande, die sich später an dem Kinde bitter rächen kann. Der Erziehungsberechtigte wird sein Kind im Zeichnen der tiefengroßen Reservearmee Arbeitswilliger ohne Arbeit da unterbringen, wo gerade im Betriebe oder auf der Baustraße ein Platz frei ist, und in den Glends-Industrien wird das Kind eben zu Hause behalten, gleichgültig, ob Beschäftigung für es gibt oder nicht. Das ist kläglich, der sich ein noch mehr rächen muß, als es bereits jetzt erkennbar.

Die Wirtschaftsverhältnisse bleiben nicht so wie sie vorwiegend sind. Unter anderen Bedingungen, als gegenwärtig, wird die Wirtschaft einst wieder florieren, und auf diese Zeit müssen unsere Sinne gerichtet sein bei der Frage: „Berufswahl“. Das gilt aber auch insbesondere für die Glends-Industrien.

Der Nachwuchs für die Arbeitskräfte, die in der Produktion dem Handel und Gewerbe oder in der Verwaltung der Behörden fehlen, muß allgemein vom ökonomischen Standpunkt aus herangezogen werden. Die bedauerlichen Berufsberatungsstellen in Verbindung mit der Schule, dem Arzt und dem Elternrat sollen Versuche, Berater und Entscheider über die Berufswahl des schulentlassenen Kindes sein. Das Verhältnis des Menschen zur Arbeit hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt. Die Ursachen liegen in der sehr raschen Veränderung der Wirtschaft und Politik im allgemeinen. Die Wirtschaft hat härteren Einfluß auf das Verhalten von Mensch und Arbeit genommen, als das früher der Fall war. Versucht man z. B. die deutschen Verhältnisse, so findet man, daß mit der Senkung des Volkswohlens sich die Nachfrage nach Arbeit erhöht hat. Beispielsweise ist die Zahl der schulentlassenen jungen Mädchen, die früher im Elternberuf verblieben, ganz unerwartet zurückgegangen. Sie haben den Berufswahl im Betriebe oder auf dem Markt gefunden. Auch die Frau ist in großer Zahl in die Berufe hineingeströmt.

Durch diese Umstände ist die Möglichkeit, wahllos Arbeit zu bekommen, für den Mann gesunken, ohne daß dabei die Lage der Frau gebessert worden ist.

Erhöht ist die Ausschaltung des Mannes von der Arbeit auch durch die anarchisch zu nennende Umstellung der Produktionsweise. In der allgemeinen Wirtschaft herrschen heute zwei Tendenzen vor: Steigerung der Produktionsmenge und -güte und Sparlichkeit an Produktionsmitteln und dem Produktionsfaktor „Mensch“. Bei Behörden und Verwaltungen hat sich dieselbe Tendenz breitgemacht.

Früher wurde der die Schulentlassung Erwartende gefragt: „Was willst du werden?“ Heute heißt es: „Was kannst du werden?“ Bei dieser Wandlung bei der Berufswahl spiegelt sich die Wandlung der Verhältnisse im allgemeinen wider. Die vollzogene Wandlung aber zwingt zur Menschenökonomie und wirkt damit für den Staat eine Reihe Fragen auf, insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der planmäßigen Gestaltung der Menschenwirtschaft. Ein Staat, der seine Sozialpolitik von einer rücksichtlichen Volksvertretung vernachlässigen läßt, tötet langsam aber sicher den schaffenden Teil des Volkes und bereitet damit seinen Niedergang vor. Der Staat muß deshalb dem Rückschritt Fesseln anlegen und alles tun, um den Nachwuchs für die Arbeit, ohne die kein Staat existieren kann, auf gesunder Grundlage heranzubilden. Sozialpolitik und Berufsberatung sind Pflegetätigkeiten zur Erhaltung der Volksgesundheit und Volkswirtschaft in allen ihren Teilen.

Ganz besondere Achtung ist dabei auf die schaffenden Zussassen der Glends-Industrien zu verwenden. Hier treffen eine Reihe Fragen zusammen, die ihrer Lösung harren. Die Glends-Industrien können auf höhere Stufe gestellt werden, wenn man diese Industrien nicht dauernd wirtschaftlichen Freiheiten überläßt, die in den Arbeitern und Heimarbeitern gut anlaufendes Freiwild erbliden. An die Frage der Arbeitszeitregelung muß endlich herangegangen werden. Die Arbeitszeitregelung hat die allergrößten Schädigungen für die Heimarbeitersfamilie gezeitigt und den Arbeitern ihre Jagd erleichtert. Die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung für die Heimarbeit zulezt am 18. Oktober 1930 erleichtert ebenfalls die Ausbeutung. Durch diese Umstände wird eine verzweifelte Hausindustrie-Arbeiterfamilie gequält, denen jedes Verständnis für die Ziele und Aufgaben der Zukunft abgeht, die ihre eigene Brut nur in Träumen auf besseren Wegen in der Zukunft wandeln sieht, die aber aus der Verzweiflung heraus die Möglichkeit zu entwickeln können, ihr Schicksal selbst zu meistern. Arbeitszeiten seien dabei außer acht gelassen. Der Staat hat die Pflicht mit, die arbeitenden Zussassen der Glends-Industrien nicht untergehen zu lassen. Die Jugend muß zum großen Teil aus diesen Industrien heraus, damit wird das Freiwild der Heimarbeitersfamilie, und die Glends-Industrien können gelunden. Einen Anstoß zu einer solchen Entwicklung ist die planvolle Anwendung der Berufsberatung.

H. Eiflein.

Hrunter mit der Arbeitszeit!

Die Verkürzung der Arbeitszeit gehört nach wie vor zu den wichtigsten Mitteln, die Krise auf dem Arbeitsmarkt zu mildern. Wenn wie in Deutschland 2 Millionen Menschen ohne Beschäftigung sind, so ist das Gebilde der Wirtschaft derartig unterhöhl, daß es jeden Augenblick zusammenbrechen kann. Wir sind nicht im Zweifel darüber, daß auch die Arbeiterschaft dadurch einen nicht geringen Schaden erleidet. Die Unternehmer in Deutschland weigern sich den Forderungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit nachzukommen. Erstmalig ist es aber, daß einige Städte zur Verkürzung der Arbeitszeit übergehen. Die Stadt Berlin und die ihr gehörenden Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hat mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, daß für rund 35 000 Arbeiter die 44-Stunden-Woche eingeführt wird. Dadurch werden 1600 Entlassungen vermieden und 2000 Neueinstellungen sofort vorgenommen. Auch der Freistaat Hamburg hat in sämtlichen Betrieben und Verwaltungen die Arbeitszeit auf 44 Stunden für die Woche herabgesetzt. Dadurch kommen 1500 Erwerbslose wieder in Arbeit. Zu dieser Frage nimmt der frühere Arbeits-

minister Bissel in der Neujaahrsnummer des „Vorwärts“ das Wort, wobei er u. a. folgendes ausführt:

„Seit Ende Oktober hat die Firma Harburger Delwerk nach Uebererkauf mit ihrem Betriebsrat die regelmäßige Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden herabgesetzt und so Platz für die Neueinstellung von 350 Erwerbslosen geschaffen. Sie veröffentlicht jetzt in einer Sonderdruck ihre Erfahrungen über diese Maßnahme und kommt zu dem Ergebnis, daß diese nur günstig seien. Sie habe zwar eine Mehraufwendung für soziale Lasten für den Betrieb zu buchen, die jedoch nicht 1 Prozent der Lohnsumme betrage. Die Mehrbelastung sei erheblich geringer, als die für die Arbeitslosenversicherung schon jetzt zu zahlenden Beiträge. Die Firma sieht keinen Grund dafür, daß man die Beschäftigung, die man einem großen Teile der Erwerbslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit schaffen könne, deswegen ausschlage, weil man nicht reiflos alle unterbringen könne. Wenn 2 Millionen oder gar mehr Menschen der Verzweiflung der Arbeitslosigkeit entrissen werden könnten, so wäre das ein ungeheurer Erfolg, daß es sich schon lohne, deswegen gewisse Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Der Bericht der Firma verweist auf die Tatsache, daß sich die freien Gewerkschaften zu einer Arbeitsstreckung im Prinzip bereit erklärt hätten und beklagt es, daß die meisten Unternehmer die Arbeitszeitverkürzung brüsk zurückwiesen. Ja, die Unternehmerseite hätte sich nicht nur abzuwenden verhalten, sondern der Firma wegen der Verkürzung der Arbeitszeit an manchen Stellen den offenen Kampf angejagt. Der Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes habe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, es sei schade, daß Leute, die solche Ideen auch nur erörtern, nicht in Schubhaft genommen werden könnten!“

So sind die deutschen Unternehmer! Anstatt diesen Personen Beschäftigung zu geben, sind sie lieber bereit, die aus der Reihe tangenden Kollegen aufzuhängen. Ihnen gebührt der schärfste Kampf.

Rückzahlung zwibel bezahlter Lohnsteuer für 1930.

Zu dem vor einigen Tagen im „Keramischen Bund“ erschienenen Artikel mit gleicher Ueberschrift ist zu bemerken, daß der Reichsminister der Finanzen in bezug auf die Pauschbeträge neue Sätze festgelegt hat, die im Vergleich zum vergangenen Jahr eine geringe Verschlechterung darstellen.

Auf Grund dieser Verordnung gestalten sich nunmehr die Pauschbeträge, die für jede volle Woche des Verdienstaufalles zurückerstattet werden, wie folgt:

- a) wenn es sich um einen ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt, von dem ein Ledigenzuschlag nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Hebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I, S. 311) nicht erhoben worden ist, ein Betrag von 1,80 RM
- b) wenn es sich um einen ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt, von dem ein Ledigenzuschlag (vergleiche a) erhoben worden ist, ein Betrag von 2,— RM
- c) wenn es sich um einen verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder handelt, ein Betrag von 2,— RM
- d) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem minderjährigen Kinde handelt, ein Betrag von 2,20 RM
- e) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,60 RM
- f) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3,55 RM
- g) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit vier minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 5,— RM
- h) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit fünf minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 6,06 RM
- i) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit sechs minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 8,85 RM
- k) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit sieben minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 10,75 RM
- l) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit acht minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 12,70 RM
- m) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit neun minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 14,60 RM

Bei Kurzarbeitern und Arbeitnehmern, bei denen ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt worden ist, nicht festgestellt werden kann, werden wegen Verdienstaufalles nicht die im § 1 bezeichneten Pauschbeträge, sondern der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer erstattet, die sich nach § 70, Abs. 2 bis 4 des Einkommensteuergesetzes unter Berücksichtigung des Abschlags nach Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 (Reichsgesetzblatt I, S. 299) und des Ledigenzuschlags nach §§ 13 bis 15 des Ersten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I, S. 311) ergibt.

Arbeitslosenversicherung ein unentbehrliches Gut der Kultur.

Ueber die Arbeitslosenversicherung wird sehr viel geschrieben. Sie wird hier zu Lande schlechthin für alles verantwortlich gemacht. Wie man in anderen Ländern darüber denkt, und welche Bedeutung die Arbeitslosenversicherung für die Wirtschaft hat, beweist eine Auslassung des Sozialministers von Dänemark. Dieser hat dem Korrespondenten der „Fr. Ztg.“ auf eine entsprechende Frage folgende, für sich selbst sprechende Antwort erteilt: „In aller Kürze will ich sagen, daß ich die Arbeitslosenversicherung für ein ungeheures Gut ansehe, ja beinahe als unentbehrliches Gut für den einzelnen Arbeiter in einem Kulturland betrachte, wo der Arbeitslohn über dem Existenzminimum liegt. Schon darin hat sie ihre hinreichende Berechtigung. Man darf jedoch nicht glauben, daß die Arbeitslosenunterstützung nur auf diese Weise durch den Hinweis auf den einzelnen Arbeiter motiviert werden kann; sie läßt sich ebenso gut durch ihre nützlichen Wirkungen auf die Wirtschaft des Landes überhaupt begründen. Es ist nämlich für diese von der größten Bedeutung, daß die Produktion, wenn sie nach den Depressionsperioden und den Arbeitslosigkeitsperioden wieder erträgt, dann einen Stab von Arbeitern vorfindet, der imstande ist, mit möglichst großer Leistungsfähigkeit von neuem in den Produktionsprozess einzutreten. Und diese Möglichkeit, in den schlechten Zeiten einen Stab von Arbeitern bei dem hohen halten zu können, deren Leistungsfähigkeit durch Not und Elend nicht wesentlich geschwächt ist, wird nur durch eine Entschädigung in irgendeiner Form für die Arbeitslosen geschaffen. Ohne Hilfe würde die Depression die Arbeiter in die niederen Räder hinüberzwingen und den Lohn dort brühen, über die Arbeiter würden verkommen und proletariisiert werden. Jede Krise würde dann einen Verlust der Gesellschaft bedeuten, was die Effektivität der Arbeiter und das in ihrer Ausbildung angelegte Kapital betrifft. Wir würden das Menschennaterial zerstören, daß die notwendige Voraussetzung der Produktion ist und ihr Ziel sein müßte.“



Internationale Kommission der Flaschenglasarbeiter.

Bei der am 8. August 1930 in Tepitz abgehaltenen Internationalen Konferenz der Flaschenglasarbeiter wurde eine internationale Kommission gewählt. Diese Kommission hat am 4. Januar 1931 in Dresden ihre erste Sitzung abgehalten. Anwesend waren: Deutschland: Müller, Krebs, Bulke, Bauer und Erlor. Tschechoslowakei: Viktoria und Gunkel. Oesterreich: Pipeika.

Tagesordnung: 1. Konstituierung (Wahl eines Vorsitzenden usw.). — 2. Aufgaben und Tätigkeit der internationalen Kommission. — 3. Die Lage der Flaschenindustrie in den einzelnen Ländern.

Kollege Müller eröffnete als Einberufer die Sitzung und begrüßte die erschienenen Vertreter recht herzlich. Er ersuchte um Vorschläge bezüglich der Wahl des Vorsitzenden. Kollege Viktoria schlug vor, es möge der Kollege Müller zum Vorsitzenden gewählt werden. Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt. Als Schriftführer fungierte Genosse Pipeika.

Das Referat erstattete Genosse Müller, welcher unter anderem folgendes ausführte:

Die Resolution, welche Kollege Viktoria bei der Konferenz in Tepitz im August 1930 einbrachte, sieht die Tätigkeit vor, die die internationale Flaschenkommission als ihre Aufgabe erfüllen soll. In dieser Resolution wird unter anderem folgendes gesagt: „Die Konferenz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Sonntagsarbeit an den Flaschenmaschinen, weil dadurch die Arbeitslosigkeit und das Elend der arbeitslosen Flaschenmacher nur vergrößert wird, abgesehen von der ungeheuren Überproduktion, die die wirtschaftliche Krise nur verschärft.“

Die Tätigkeit der internationalen Flaschenmacherkommission darf nicht so aufgefaßt werden, als ob durch dieselbe der internationale der Glasarbeiter Abbruch getan werden soll. Durch diese Tätigkeit soll in erster Linie der großen Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden. Es wird daher verlangt, daß die infolge Einführung der Maschine frei gewordenen Arbeiter als Hilfsarbeiter bei der Maschine Verwendung finden. Neben der Maschine sind durch die Auswirkungen des Kartells in der Flaschenglasbranche ungezählte Arbeiter arbeitslos geworden. Diese schädlichen Auswirkungen müssen unter allen Umständen bekämpft werden. Seit 11 meines Berichtes, welchen ich über Verlangen der in Tepitz stattgefundenen Konferenz in einer Broschüre verfaßt habe, wird aufgezeigt, wie dieser Kampf zu führen ist. Zusammenfassend möchte ich folgende Punkte festlegen:

1. Pflicht der gegenseitigen Verständigung.
2. Nachdem einheitliche Preise durch das Verkaufssyndikat festgesetzt worden sind, müssen auch einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Konkurrenz unter der Arbeiterschaft darf es nicht geben. Wir müssen uns nur fragen: Wie haben wir diese Aufgaben zu erfüllen? Dies kann nur wirksam dadurch geschehen, indem in sämtlichen Ländern über die Verhältnisse in den Flaschenglasbetrieben Erhebungen gepflogen werden. Es soll ein Fragebogen zur Versendung kommen, in welchem beantwortet werden soll, wieviel Wannentriebe vorhanden sind, wieviel Hafenbetriebe es gibt, wieviel Beschäftigte in den einzelnen Betrieben gezählt werden, wie groß die Zahl der Beschäftigten vor Einschränkung der Betriebe war, wieviel Arbeitslose zu verzeichnen sind, wie die Arbeitsweise vor sich geht, ob in drei oder vier Schichten gearbeitet wird und ob in den Betrieben auch Sonntagsarbeit besteht.

Kollege Müller stellte diese Ausführungen zur Diskussion und ersuchte um die Meinung der anwesenden Kollegen.

Kollege Krebs regte an, es möchten die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung unter einem behandelt werden. Die Tätigkeit der Flaschenmacherkommission soll der internationale der Glasarbeiter absolut keinen Abbruch tun, das muß ganz besonders hervorgehoben werden. Er ersuchte dies im Protokoll festlegen zu lassen. „Was die Verhältnisse bei uns in Deutschland anbetrifft, muß ich berichten, daß die Flaschenbetriebe nur mit 60 Prozent Arbeitskapazität ausgenutzt werden. Zur wirksamen Bekämpfung der außerordentlichen Wirtschaftskrise wäre eine Hebung der Kaufkraft der Konsumenten unbedingt notwendig. Unsere Fabrikanten haben den Mantel-Lohn tarif gekündigt. Bei den kommenden Verhandlungen werden wir wesentliche Vorschläge bezüglich der Arbeitszeit unterbreiten. Es wird auf eine Kürzung der Arbeitszeit gedrungen werden. Bei der in der letzten Zeit durchgeführten Korrespondenz sind wir darauf gekommen, daß in Frankreich bei den Maschinen noch immer Sonntags gearbeitet wird. Dies hat uns sehr überrascht. Es muß unbedingt verlangt werden, daß Sonntags nicht gearbeitet werden darf. Darüber hinaus müssen wir auf einer entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit in der Flaschenbranche bestehen. Wenn aber das Vierschichtensystem eingeführt wird, und dann nur 36 Stunden pro Woche gearbeitet werden soll, weiß ich nicht, wie ein Lohnausfall von 48 auf 36 Stunden wird getragen werden können. Die Vereinigung der Glasfabrikanten hat uns anlangt antelephoniert und sagte, es könnte über die Sache der Einführung des Vierschichten-Systems gesprochen werden.“

Kollege Viktoria führte aus: Die zwei Punkte der Tagesordnung, von denen Genosse Krebs gesprochen hat, sollen unbedingt zusammengezogen werden. Es wäre folgendes zu präzisieren: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir die internationale Flaschenmacherkommission nur als ein Organ der internationalen der Glasarbeiter betrachten. Fragebogen sollen an alle Länder ausgesendet werden. Die Forderungen, welche Kollege Müller in seinem Referat aufgestellt hat, wären in der Presse zu veröffentlichen. Das internationale Bulletin soll das Referat des Kollegen Müller zum Ausdruck bringen, zum mindesten soll dies auszugsweise geschehen. Die Krise macht bei uns in der Tschechoslowakei Fortschritte. In der Textilbranche sind z. B. über 40 Betriebe eingestellt worden. Auch bei uns in der Glasbranche wirkt sich die Krise schrecklich aus. Wir müssen uns fragen: Was soll mit der Sonntagsarbeit geschehen? Vor Weihnachten wurde an drei bis vier Sonntagen auf der Owens gearbeitet. Die Firma Fisel... hat die Vierschichtenarbeit 6 Stunden vortübergehend eingeführt.

Kollege Müller betonte, daß er nicht der Meinung sei, daß jetzt schon die Forderungen in der Presse veröffentlicht werden sollen. Er erblickt darin große Schwierigkeiten. Es könnte hierdurch der Anschein wachgerufen werden, daß die internationale Flaschenkommission selbstständig vorgeht und der internationale der Glasarbeiter den Boden abzugraben versucht. Aus diesem Grunde soll bei der Aussendung des Fragebogens verblieben werden. Erst dann, wenn diese Erhebungen durchgeführt sind, wird es sich zeigen, ob eine Veröffentlichung in der Presse notwendig ist und als zweckmäßig erscheint.

Kollege Pipeika hob hervor: Die internationale Konferenz der Flaschenglasarbeiter, welche im August 1930 in

Tepitz stattfand, ist über Verlangen der Arbeiter des Siemens-Konzerns einberufen worden. Infolgedessen haben an dieser Konferenz nur Vertreter der Länder Deutschland, Tschechoslowakei und Oesterreich teilgenommen. Dies ist deshalb geschehen, weil der Siemens-Konzern nur in diesen drei Ländern Betriebe besitzt. Für die Zukunft sollten aber auch die Vertreter der übrigen Länder bei der Beratung dieser Angelegenheiten herangezogen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist unbedingt notwendig. Ebenso müsse gegen die Sonntagsarbeit schärfster Einspruch erhoben werden. Man darf nicht zulassen, daß zu einer Zeit Sonntagsarbeit geleistet wird, wo andersorts infolge Einführung der Maschine Tausende von Flaschenmachern arbeitslos geworden sind. Man müßte den IGB, darauf aufmerksam machen, daß dieser Zustand untragbar ist und von dieser Stelle aus eine Aktion eingeleitet wird, die es unter allen Umständen unmöglich macht, daß durch das Leisten der Sonntagsarbeit zu einer Zeit eine Verlängerung der Arbeitsdauer eintritt, wo andererseits Tausende von Arbeitern infolge Rationalisierung und Einführung von Maschinen existenzlos gemacht werden. Es wäre weiter zu fordern, daß jene Unternehmer, welche Maschinen einführen und hierdurch eine große Anzahl Arbeiter beschäftigungslos machen, dazu verhalten werden, an Stelle dieser arbeitslosen Arbeiter die Beiträge für die soziale Fürsorge, und zwar sowohl jenen Teil, welcher auf den Unternehmer entfällt, als auch den Teil, den der Arbeiter zu entrichten hatte, zu leisten haben. Hierdurch würde eine Verteuerung der Produktion an der Maschine erreicht werden und die Unternehmer würden dann nicht mehr so sehr darauf ausgehen, die Maschine im Produktionsprozeß zur Anwendung zu bringen. So könnte der Arbeitslosigkeit, die durch die Maschine verursacht wird, entgegengetreten werden.

Koll. Gunkel erwähnte: In Dux und Ratib ist der Betrieb eingestellt worden. Weiter trat auch kurz vor Weihnachten in Neusattel ein Betriebsstillstand ein. In diesem Betrieb sind 4 Owens-Maschinen vorhanden. Am 14. Januar soll wieder ein Teil der Arbeiter die Arbeit beginnen. Es soll in vier Schichten gearbeitet werden. Alle vier Wochen soll eine Schicht zum Aussetzen kommen. Bei einer Firma hat sich herausgestellt, daß bei der sechsstündigen täglichen Arbeitszeit eine sehr gute Produktion erzielt wurde. Die Firma ist daher bestrebt, die sechsstündige Arbeitszeit dauernd beizubehalten. Von einer Lohnaufbesserung, welche die ausgefallenen zwei Arbeitstenden im Tag wettmachen sollen, will aber die Firma nichts wissen. Es sind große Lagerbestände vorhanden. Eine Firma weist ein Lager von 13 Millionen Flaschen auf. 20 Arbeiter wurden 14 Tage vor Weihnachten abgebaut. Eine andere Firma hat 140 Arbeiter gekündigt. Unter diesen Umständen ist natürlich die Arbeiterschaft nicht mehr gewillt, Sonntagsarbeit zu leisten. Die Sonntagsarbeit, welche vor Weihnachten geleistet wurde, ist nur aus dem Grunde mit der Firma vereinbart worden, weil dieselbe dafür Konzessionen geboten hat. Die Firma Fischmann hat in ihrem Betrieb auch 3 und 4 Fourcaul-Maschinen aufgestellt. Vier davon liegen schon lange still. Der Firma Mühlig in Hostomitz haben wir den Vorschlag gemacht, das Vierschichten-System einzuführen. Dasselbe steht jedoch auf dem Standpunkt, unter keinen Umständen darauf einzugehen. Bei uns in der Tschechoslowakei sind die Verhältnisse deshalb so ungünstig, weil wir 84—88 Prozent für den Export arbeiten. Wir sind dafür, daß der Fragebogen ausgesandt wird.

Koll. Bauer: Die Flaschenmacher waren die Anreger der internationalen der Glasarbeiter. Es kann ihnen daher kein Vorwurf gemacht werden, daß sie durch das Einberufen der internationalen Flaschenmacherkonferenz etwas unternehmen hätten, das gegen die internationale der Glasarbeiter gerichtet wäre. Die Einschaltung der gelernten Arbeiter bei der Maschine muß unbedingt verlangt werden. Auch ist die

Sonntagsruhe auf alle Fälle strikte einzuhalten. Die Arbeitszeit von 8 Stunden täglich ist längst überlebt. Man müsse unbedingt bestrebt sein, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Zeiten sind vorbei, wo einmal Flaschenmacher gesagt haben, man müsse auch Sonntags arbeiten, weil man am Sonntag auch essen muß. Die 36-stündige wöchentliche Arbeitszeit soll unter allen Umständen angestrebt werden, weil es nur so möglich ist, jene Kollegen wieder zur Arbeit zu bringen, welche infolge Einführung der Maschinen brotlos gemacht worden sind.

Der Vorsitzende, Kollege Müller, faßte die Ausführungen der einzelnen Redner in folgender Resolution zusammen:

Resolution.

Die in Verfolg der Entscheidung der internationalen Konferenz der Siemens-Betriebe vom August 1930 der Länder Deutschland, Tschechoslowakei und Oesterreich in Tepitz gebildete Kommission der Flaschenglasarbeiter sieht die Zweckmäßigkeit ihres Aufgaben- und Tätigkeitsgebietes in folgenden Programmpunkten:

1. Die eingehende, zusammenfassende Arbeit im Interesse der Arbeitnehmer dieses Industriezweiges gilt zur Unterstützung und Erleichterung der Bestrebungen des internationalen Sekretariates der Glasarbeiter.
2. Um einwandfreie internationale Forderungen für die Flaschenglasindustrie aufstellen zu können, soll eine statistische Aufnahme für möglichst alle in Betracht kommenden Länder erfolgen, welche sich über die Zahl der Fabriken, Zahl der vorhandenen Oefen und Zahl der sich im Betrieb befindlichen Oefen zu erstrecken hat. Desgleichen soll die Aufnahme auch über die vorhandenen vollautomatischen und sich im Betrieb befindlichen Maschinen, auch Handmaschinen, Zahl der Arbeitnehmer im vollen Betrieb, Zahl der Arbeitnehmer, die in den einzelnen Betrieben zur Zeit beschäftigt sind u. s. f. durchgeführt werden.
3. Infolge des starken Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozesses und die dadurch zum großen Teile erfolgte Arbeitslosigkeit der gelernten Flaschenmacher wird Beschäftigung dieser freigewordenen Arbeitskräfte an der Maschine verlangt.
4. Die Durchführung der Sonntagsruhe in allen Betrieben ist nicht allein vom gesundheitlichen Standpunkt des einzelnen Arbeitnehmers zu fordern, sondern auch vom Standpunkte der Entlastung des Marktes durch die Überproduktion und des Einhaltgebietens der zunehmenden Arbeitslosigkeit.
5. Der starke Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß zeigt in allen Ländern eine so starke Arbeitslosigkeit, daß die Verkürzung der Arbeitszeit angesichts dieser Entwicklung ein Grundproblem zur Lösung der Wirtschaftskrise und Unterbringung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß ist. Nach Vorliegen des ausgefertigten statistischen Fragebogens für die einzelnen Länder und der erfolgten Zusammenstellung wird die Kommission möglichst schnell zusammenkommen, um einen Plan über die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit auszuarbeiten und dem internationalen Sekretariat der Glasarbeiter zur Weiterverfolgung zu unterbreiten.

Dieser Resolution wurde einstimmig zugestimmt. Der Vorsitzende, Kollege Müller, richtete an die Vertreter das Ersuchen, sich für die Durchführung und Erledigung des Fragebogens einsetzen zu wollen, so daß diese Angelegenheit rasch zum Abschluß gebracht werden kann und dann die internationale Kommission der Flaschenglasarbeiter in der Lage ist, die weiteren Arbeiten im Interesse der Kollegenschaft tatkräftig zu leisten. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß diese Arbeit für die gesamte Kollegenschaft erfolgreich verlaufen möge.

Unerhörter Lohnschiedsspruch.

Wie bereits bekannt, hat der Schutzverband Deutscher Glasfabriken am 5. d. M. sämtliche Glasarbeiter und Arbeiterinnen in seinen Mitgliedsbetrieben, Gruppe IV, ausgesperrt. Die in Frage kommende Arbeiterschaft hat in beispielloser Disziplin und Einmütigkeit zusammengehalten.

Vom zuständigen Landeslichter, Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild-Beipzig, wurden die Parteien von Amts wegen zu Verhandlungen geladen. Im Falle einer Nichterung hatte der Herr Landeslichter, Ministerialrat Dr. Hauschild, vom RMV in Berlin Vollmachten erhalten, eine Schlichterkammer zu bilden und einen Schiedsspruch zu fällen. Am 13. Januar 1931, früh gegen 8.30 Uhr ist mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedsspruch gefällt worden, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.

Man muß in Betracht ziehen, daß für die in Frage kommende Arbeiterschaft bereits am 1. November 1930 bis zum 31. Dezember 1930 durch Schiedsspruch ein Lohnabbau von 3 Proz. erfolgt ist. Durch den neuen Schiedsspruch, der unter dem Vorsitz des Herrn Landeslichters gefällt worden ist, ist im Querschnitt ein weiterer Lohnabbau von ungefähr 7 Proz. festgelegt. Für einzelne Arbeitergruppen kommt ein Lohnabbau bis 10 und mehr Prozent in Frage.

Wenn man bedenkt, daß z. B. für erwachsene Hofarbeiter über 22 Jahre alt, in der Ortsklasse I der bereits abgebaute Lohn 0,69 RM pro Stunde betrug und jetzt die Tatsache zu verzeichnen ist, daß durch Schiedsspruch für Ledige 0,64 RM und für Verheiratete 0,65 RM festgelegt worden sind, so übersteigt das das Maß des Angemessenen.

In der Ortsklasse II soll der Stundenlohn für über 22 Jahre alte Hofarbeiter 0,60 RM betragen.

Wenn man bedenkt, daß die Position des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken bereits durch die Tatsache erschüttert war, daß er auf Ansuchen gezwungen war, drei Betrieben Genehmigung zu erteilen, zu den alten Bedingungen weiterarbeiten zu lassen, bis die Lohnfrage endgültig entschieden ist, so hat man kein Verständnis über die Einstellung des Herrn Schlichters.

Alle Einwendungen, die von Seiten der zuständigen Organisation und den Verhandlungsteilnehmern von Arbeitnehmerseite gemacht wurden, sind einfach in den Wind geschlagen worden. Wir glauben annehmen zu müssen, daß der Herr Landeslichter vollständig unter der Fuchse gehandelt hat, der Schutzverband will die noch unter Feuer gehaltenen Oefen löschen.

Daß dieses in der Glasindustrie nicht so einfach ist, mußte der Herr Landeslichter wissen. Nach unserem Dafürhalten sind herartige Schiedssprüche nicht geeignet, ein von der Reichsregierung gewünscht mehr oder weniger friedliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

Die Erbitterung, die dieser Schiedsspruch unter den in Frage kommenden Arbeitern und darüber hinaus ausgelöst hat, muß jedem Menschen verständlich sein.

In einer Konferenz der Vertrauensleute der Gruppe IV, Weißhohlglasindustrie, am 15. Januar 1931, wurde eingehend zur Situation Stellung genommen. In aller Einmütigkeit wurde dieser Schiedsspruch abgelehnt. Der Schutzverband hat bereits mitgeteilt, daß er seinerseits den Schiedsspruch annimmt. Der Herr Reichsarbeitsminister hat nunmehr das Wort und es wird erwartet, daß dem Schiedsspruch die Verbindlichkeit verjagt bleibt.

Lohnverhandlungen in der Weißhohlglasindustrie.

Die Lohnverhandlungen für die Verbandsgruppe 6 der deutschen Weißhohlglasindustrie fanden am 8. bis 11. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Köhler, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Nürnberg-Fürth, statt. Erst bei Beginn der Verhandlungen gaben die Arbeitgeber ihre Forderungen bekannt, die sich in Höhe eines Abbaues der Löhne um 15 Proz. bewegten. Außerdem sollte den Betriebsparteien die Möglichkeit gegeben sein, nach Abschluß der Bewegung über die angekündigten Akkordlöhne weiter zu unterhandeln.

Arbeitnehmerseits wurden Forderungen auf Ausgleich von Gärten für die Hof- und Hilfsarbeiter, für die Beheizung und weiblichen Arbeitnehmer überreicht. Im übrigen der status quo bei allen Löhnen. Nach den gegenseitigen Parteivorwürfen mußte leider festgelegt werden, daß bei den unüberbrückbaren Gegensätzen eine Einigung nicht bestand und deshalb wurde die Schlichterkammer gebildet. Es erübrigt sich, an dieser Stelle auf das vorgelegte Material der Parteien einzugehen. Es braucht nur besonders erwähnt werden, daß die Arbeitnehmervertreter nachweisen konnten, daß infolge der Leistungsförderung durchaus noch Lohnhöhungen gewährt werden könnten, da die Lohnhöhung vom Jahre 1925 bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gleichen Schritt mit der gesteigerten Arbeitsintensität gehalten habe.

Von der Schlichterkammer ist den Parteien eine Vereinbarung empfohlen, die Lohnkürzungen in Höhe von 3 bis 5 Proz. vorsieht. Die Tarifkommission der Arbeitnehmer wird den Schiedsspruch zur Annahme in Mitgliederkreisen empfehlen, da bei der jetzigen allgemeinen Lohnabbauwelle durch weitere Verhandlungen ein anderes Ergebnis nicht zu erwarten ist.

Der Abbau trifft ohne Zweifel unsere Kollegen in den Betrieben, wo bereits Abzüge an Naturalien im Jahre 1930 eingetretten sind, hart. Wir müssen jedoch jetzt die Jahre zusammenrechen und durch Erhalten des Tarifvertrages und der gewerkschaftlichen Geschlossenheit in besseren Zeiten ein Ausweichen der uns zugefügten Scharte herbeiführen.

Weißwasser.

Die Firma Gelsdorf in Weißwasser hat die gesamte Arbeiterkraft entlassen und ist jetzt bemüht, den Betrieb wieder aufzunehmen. Das geht aber bei der Firma Gelsdorf nur dann, wenn es vor der Betriebsaufnahme zum Nach kommt. Herr Gelsdorf führt „Verbesserungen“ etc. die ihm nach dem Tarifvertrag das Recht geben, Verbesserungen vorzunehmen, wenn die geschliche Betriebsvertretung damit einverstanden ist. Was aber ist der Industriellen die Betriebsvertretung der Arbeiter? Wir bestimmen; das ist auch das Lösungswort des Herrn Gelsdorf und er bestimmt, daß in der Hütte das Kompaniesystem abgeschafft wird und daß dadurch einige Glasmacher und Gehilfen zur Entlassung kommen, also nicht wieder eingestellt werden. Mit dieser Tatsache hatten sich die Glasmacher abgefunden. Anders aber steht es in der Schleiferei. Hier will Gelsdorf das Zwischenmeisterstück abschaffen und die bisherigen Glasfleiser nicht einstellen. Die Schleiferei soll beauftragt werden von einem Beamten, einem sogenannten Schleifeaufseher, während die Arbeiten durch Arbeiterinnen ausgeführt werden sollen. Die Akkordlöhne der bisherigen Glasfleiser will die Firma einsparen. In letzter Stunde machte Herr Gelsdorf dann das Zugeständnis, daß drei Schleifer, die

seit einigen Jahrzehnten im Betrieb gestanden haben, wieder eingestellt werden sollen, wenn alle bisher gewährten Zugeständnisse fallen. Dies verlangen gleich einer 25- bis 30-prozentigen Lohnreduktion. Unter diesen Umständen lehnten auch die drei alten Glasfleiser ab, die Arbeit aufzunehmen. Herr Gelsdorf will aber nicht von seinem Plan zurücktreten, er beharrt auf den gewaltigen Lohnabbau, bei dem weder die Schleifer noch die Arbeiterinnen bestehen können. Die Folge des Vorgehens wird sein, daß die Glasmacher ihre Arbeit in der Hütte ausführen, diese Arbeit aber in der Schleiferei von ungelübten Kräften verrichtet wird. Wie lange das die Firma aushalten wird, ist eine Frage, die wir nicht beantworten wollen. Die Glasmacher aber werden ihre Arbeit voll bezahlt verlangen, wenn sie von ungelübten Arbeitskräften verrichtet wird. Es wird nicht lange dauern, Herr Gelsdorf, dann sehen wir uns wieder.

Recht brutal wirkte es, daß Herr Gelsdorf die Glasfleiser, die zur Verhandlung entsandt waren, nicht zuließ und diese vor der Tür stehen bleiben mußten. Arbeiter, die mehr als 40 Jahre bei der Firma gearbeitet haben, haben eine andere Behandlung verdient, als wie sie Herr Gelsdorf der Arbeiterschaft zutommen ließ.



Lohnverhandlungen in Leipzig.

Am 16. und 17. Januar 1931 trafen sich die Tarifparteien der deutschen feinkeramischen Industrie in Leipzig, um für die Zeit ab 1. Februar d. J. ein neues Lohnabkommen zu treffen. Die Parteien tauschten sich gegenseitig ihre Forderungen aus. Die Arbeitgeber forderten:

1. Mit Wirkung ab 1. Februar 1931 ermäßigen sich die Tariflöhne und Effektivverdienste um 12 Prozent.
2. Diese Lohnregelung kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat jeweils zum Monatsende, erstmalig zum 30. Juni 1931, gekündigt werden.

Die Arbeitnehmer forderten:

Die Arbeitnehmer fordern eine Korrektur der von den Arbeitgebern in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis jetzt vorgenommenen tarifwidrigen Lohnabzüge.

Die freien Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Deshalb tagten die Tarifkommissionen am 17. 1. unter dem Vorsitz des Schlichters Herrn Dr. Völkers (Bremen) am Vormittag und erlegten die Parteienverhandlungen. Nachmittags trat ein Schiedsgericht zusammen. Als Vorsitzender wurden von den Arbeitgebern die Herren Arnolds, Furbach und Rodt vorgeschlagen, von unserer Seite die Kollegen Griesbach, Hoffmann und Fromm.

Dr. Warnke war wie immer der alleinige Sprecher der Arbeitgeberseite. Er verwies auf die Vorgänge in der Wirtschaft, der Industrie und besahe, daß von ehemals heutzutage Porzellanarbeitern nur noch vierzigtausend arbeiteten, und diese nur 37 Stunden im Jahresdurchschnitt. Er führte alle industriellen Begebenheiten, die Abnahmeverhältnisse und die Geschäftslage zur Begründung an, und streifte dabei auch das Kaufkraftproblem und die Zollserhöhungen, wobei er Worte fand, die zeigten, daß die feinkeramischen Industriellen nicht mit den Zollwünschen und -absichten der Großindustriellen einverstanden sind. Und bei der Behandlung des Kaufkraftproblems hätte konsequenterweise die Schlussfolgerung lauten müssen, wenn keine oder ungenügende Kaufkraft vorhanden ist, haben das die Porzellan-Industriellen mitanzuerkennen und sie leben deshalb von einem Lohnabbau ab, anderen Industrien zum guten Beispiel. So weit ging er jedoch nicht, deshalb wird die Porzellanindustrie weiter den größten Schaden von dieser Unternehmereinstellung haben.

Von unserer Seite trat als erster unser Kollege Apel auf und erklärte, daß im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft gesehen, die Porzellan- und Steingutindustrie keine Ausnahme mache. Es gehe ihr ebenso gut und so schlecht wie diesen, fast allen Industriezweigen. Die feinkeramische Industrie könne aber von sich nicht behaupten, daß es ihr nun ganz besonders schlecht oder ganz besonders schlechter als allen anderen Industriezweigen gehe. Auch im Ausland, in den übrigen europäischen Staaten, in denen Porzellan und Steinzeug hergestellt werde, geht es sehr schlecht. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sei keine spezifisch deutsche Erscheinung. Erst jetzt haben wir auf einer internationalen Tagung festgestellt, daß es in Holland, in Frankreich, in Dänemark, in England und in der Tschechoslowakei Arbeitslose und Kurzarbeiter gibt ähnlich wie bei uns. Sogar in Frankreich habe man im ganzen Jahr 1930 10 Prozent Arbeitslose und 45 Prozent Kurzarbeiter gehabt. Auch die anderen europäischen Staaten klagen über Abnahmewandel nach Amerika. Nur unsere Industrie wird nun in elf Monaten zum dritten Mal verhandelt. Die Arbeitnehmer sind nicht in der Lage einen Lohnabbau anzuerkennen, besonders nach dem, was sich in den letzten Monaten in den Betrieben angegetragen hat. Wir haben schon an sich einen außerordentlich niedrigen Tariflohn, dabei noch hohe Arbeitslosen. Die Industrie hat im September bei den Mantelverhandlungen Erleichterungen erhalten. Sie haben weiter in den Betrieben Männer entlassen, Frauen und Jugendliche damit eingestellt. Sie haben Akkord auf Zeitlohn umgewandelt und verlangen nun von den Arbeitgebern bei dem niedrigsten Gehalt die früheren Akkordleistungen. Sie haben alle Arbeiter und schwache Verdienner ausgemerzt und dadurch nur noch Höchstverdiener in den Betrieben. Die Durchschnittsverdienste, mit denen sie operieren, sind also hoch nur deswegen, weil nur noch Höchstverdiener und Spitzenverdiener in den einzelnen Betrieben sind und weil obenhin noch feststeht, daß bei Kurzarbeit die Frauen über die Normalhöhe nachbracht werden. Aber sie haben im vergangenen Jahr und jetzt im Januar noch in den Betrieben Arbeit gemacht, die einen gewaltigen Lohnabbau bedeutet. Dabei sind diese Unternehmer ganz ruhig und distanzlos vorgegangen. Sie haben in tarifwidriger Weise die Preise gesenkt. Einige sogar haben die Rückheit begangen, und den Arbeitern das Arbeitsverhältnis aufgekündigt und ihnen ein neues Arbeitsverhältnis zu herabgesetzten Gehältern angeboten. Das ist tarifwidrig und die Arbeiter verlangen, daß dieses Verhalten korrigiert wird. Die vorgenannten Forderungen müssen berücksichtigt werden. Die Arbeiter müßten bei Tarif auch reaktiver und etwas mehr in die Unterhandlung mit dem Arbeitgeber einbezogen werden, daß Personale mit den höheren Stückpreisen fordern. Wenn das Lösungswort wäre, wenn soll es uns recht sein. Dann hätten sie aber auch einmal nicht schreien, wenn sich die Arbeiter denselben Schwere machen. Wir werden jedenfalls dann die Arbeiter eben so wenig anerkennen, wie die Leistung des Arbeitgeberverbandes die Arbeitgeber anerkennen hat. Einzelne Firmen, wie: Villeroy & Boch, Porzellanfabrik Vordamm, Röhre Scherzer, Behr, Faes, Hartmann, Keramaq, Weisel, Rosenfeld, Götze, Grottel & Müller, Neuschütz, noch einmal Keramaq, Weisel, Porzellanfabrik Scherndorf haben einfach Anschläge an ihre Preise veröffentlicht, worin sie feststellen, daß sie Preisrückstellungen machen, aber ein neues Arbeitsverhältnis zu um fünf bis zehn Prozent herab-

gesetzten Löhnen weiter führen könne. Das sei das Schlimmste, was sich Arbeitgeber bisher getraut haben, man glaube die augenblickliche Notlage ausnutzen zu können. Wenn nun Arbeiter so handeln würden, wie würden Arbeitgeber über Tarifbruch schreien und wie würden die Syndikate mit Regressklagen vorgehen. Wir verlangen von dem Schlichter, daß er die von den Arbeitgebern vorgenommenen tarifwidrigen Lohnreduktionen als unwirksam bezeichnet. Die Arbeitgeber müssen die abgezogenen Gelder herauszahlen und die Stückpreise müssen nach den tariflichen Bestimmungen gemacht werden. Die Arbeitgeber haben auch anscheinend ihre Forderung wieder einmal — wie schon früher geschehen — nicht richtig überlegt. Sie fordern Herabsetzung der Tariflöhne um 12 Proz. und der Effektivverdienste um 12 Proz. Das würde sich als doppelte Lohnkürzung bei den Akkordarbeitern aus, das dürfte nicht eintreten. In anderen Tarifverträgen seien viel höhere Löhne vereinbart, so daß eine Senkung für die Porzellanarbeiter nicht tragbar sei, da sie bereits unter dem allgemeinen Lohnniveau liegen.

Außer dem Kollegen Apel sprachen noch die Kollegen Miertsche, Renninger, Müller, Kühn, Hüger und Schopf. Sie wiesen auf beachtenswerte Gesichtspunkte hin, die bei den Lohnverhandlungen zu beachten sind und die alle gegen einen Lohnabbau sprachen.

Besonders wurde hervorgehoben, daß die Verpflichtung besteht, die bestehenden Tarifbestimmungen wieder mehr zu beachten, damit die bereits eingetretene und diffizilen Lohnverschlechterungen wieder beseitigt werden. Das Material aus den Betrieben zeige, wie weit bereits Lohn- und Verdienstkürzungen vorgenommen wurden, dazu dürfe nicht noch ein doppelt wirkender Abbau kommen. Der Auslandskonkurrenz könne nur Paroli geboten werden mit Qualitätsarbeit, und Qualitätsarbeiter müssen dementsprechend bezahlt werden, wenn sie leistungsfähig sein sollen. Der Verlängerung der Gehreite in einer Anzahl Betriebe zeige doch, daß Wert auf die Ausbildung von Qualitätsarbeitern gelegt werde, und deren Arbeit müsse im Lohn gewertet werden, wenn das der feinkeramischen Industrie zugute kommen soll.

Nach dem Ander beträgt die Senkung der Lebenshaltungskosten höchstens 2 bis 2 1/2 Proz., da kann kein Lohnabbau in Frage kommen. Auch die Bilanzen der Aktiengesellschaften und die Einnahmen und Einkommen von Industriemagnaten lassen erkennen, wie wenig gerechtfertigt ein Lohnabbau ist. Wie traurig die Lage der Arbeiter ist, kennzeichnete Kollege Hüger mit dem Hinweis, daß in Salzburg 42 Proz. aller Schulkinder eine Tuberkuloseinfektion aufwiesen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde noch besonders hervorgehoben, daß die Arbeiterkraft nicht stärker in ihrer Lebenshaltung verelendert werden darf, wenn nicht Industrie und Wirtschaft endlosen Schaden haben sollen. Die Arbeiterkraft vegetiert infolge der Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und des Lohnbruchs nur noch, von ihr noch größere Belastung zu verlangen, geht nicht an, bringt der Porzellanindustrie nur Nachteil. Von der Gegenseite müssen in erster Linie Opfer gebracht werden, ehe die Porzellanarbeiterschaft eine Lohnkürzung hinnehmen muß. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden die Ausführungen von Dr. Warnke reiflos widerlegt und fast aus allen Bezirken die Beweise erbracht, wie sich die Unternehmer in den Betrieben schon gehalten haben, und wie günstig sich bereits die Preisentungen für die Rohstoffe auswirkten.

Nach langen Verhandlungen in der Schlichterkammer wurde unter Mitwirkung des Schiedsgerichts zwischen den Parteien eine Vereinbarung abgeschlossen, die die tarifwidrigen Abzüge betrifft, die die Unternehmer in der Zeit nach dem 1. Oktober 1930 bis jetzt, also während der Laufdauer des letzten Vertrages vorgenommen haben.

Vereinbarung.

Die Parteien vereinbaren:

1. Soweit Differenzen auf Grund des Tarifvertrages vom 1. Oktober 1930 entstanden sind, werden die Parteien zu unmittelbarer gegenseitiger Konsultation vorzulegen, die Streitfälle besprechen und, soweit irgendmöglich, beilegen.

Grundsätzliche Fragen, die durch Parteibeschreibung nicht erledigt werden können dem Oberschiedsamt unmittelbar von den klageführenden Organisationen vorgelegt werden. Insbesondere kann die Streitfrage ob Maßnahmen tarifwidrig sind oder nicht, unmittelbar dem Oberschiedsamt vorgelegt werden.

Leipzig, den 17. Januar 1931.

gez. Dr. Warnke

gez. Erich Apel

Diese Vereinbarung ist sofort in Kraft getreten. Unsere Kollegen in den Betrieben können sich mit dieser Vereinbarung gegen tarifwidrige Lohnabzüge, wo diese gemacht worden sind, wehren.

Dem Schiedsgericht wurde zum Lohnstreit folgender Schiedspruch vorkündet:

Schiedspruch.

In der Lohnstreitfrage zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie einerseits und 1. dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, 2. dem Berufsverband Deutscher Keramiker, 3. dem Gewerbeverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (D. D.),

4. dem Deutschen Metallarbeiterverband,
5. dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer,
6. dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs andererseits

sand in Leipzig, am 17. Januar 1931 eine Schlichtungsverhandlung statt. Die Schlichterkammer, die aus folgenden Herren bestand:

- Vortragender Rat Dr. Völkers als Vorsitzender,
Dr. Rodt,
Rechtsanwalt Arnolds,
Regierungsrat Dr. Furbach — als Arbeitgeberbeisitzer —
Gewerkschaftssekretär Griesbach,
Gewerkschaftssekretär Hoffmann,
Gewerkschaftssekretär Fromm — als Arbeitnehmerbeisitzer —

fällte nach eingehender Beratung folgenden Schiedspruch:

- I. Der Lohn von 79 Pf. ermäßigt sich um 6 Proz. Dem entsprechend sind die Lohnsätze neu zu errechnen. Hierbei wird auf halbe Pfennige auf- und abgerundet.

Um den gleichen Prozentsatz ermäßigen sich die einzelnen Akkordpreise. Diese Kürzung darf nicht am Schluß der jeweiligen Gesamtlohnabrechnung erfolgen.

- II. Den Parteien wird von der Schlichterkammer empfohlen, auf Arbeitszeitkürzung in den Betrieben hinzuwirken, wenn sich dadurch Entlassungen vermeiden oder Neueinstellungen ermöglichen lassen.

- III. Diese Lohnregelung tritt mit der nach dem 1. Februar 1931 beginnenden Lohnwoche in Kraft. Sie läuft auf unbestimmte Zeit und ist mit Monatsfrist zum Schluß eines Kalendermonats kündbar, erstmalig zum 30. Juni 1931.

Leipzig, den 17. Januar 1931.

gez. Dr. Völkers

Erklärungskrist gegenüber dem Schlichter (Bremen, Rathaus) und gegenüber den Parteien bis Donnerstag, den 22. Januar 1931, abends 18 Uhr.

Die Zentralbranchenleitung wird sich mit der Bundesleitung und mit dem Hauptvorstand über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches beraten.

Wallerfangen.

Nach Dresden kommt nun auch Wallerfangen an die Reihe. Nachdem kurz vor Neujahr sämtlichen Angestellten des hiesigen Werkes der Firma Villeroy & Boch gekündigt worden ist, steht nun endgültig fest, daß das Werk in nächster Zeit seine Tore schließen wird. Dem Herrn Bürgermeister wurde auf eine diesbezügliche Frage an den Herrn von Boch die Zusage gegeben, die Öffentlichkeit von dem Vorhaben der Firma in Kenntnis zu setzen. Ebenso hat Herr von Boch dem Arbeiterausschuß in einer längeren, nachgefragten Besprechung die Gründe klargestellt, warum diese Stilllegung des Werkes erfolgt. Abfahrschwierigkeiten ist das Schlagwort. Wann hört endlich der blödsinnige Lohnabbau der Industrie auf, um der Abfahrschwierigkeiten Herr zu werden. Ohne Kaufkraft der großen Masse ist es doch ausgeschlossen, daß durch andauernden Lohnabbau die Wirtschaft angefeuert werden kann. Treffend charakterisiert Otto Börsing in seinem Aufruf das unsinnige Beginnen der Industriebarone. Die Ausbeutung des Volkes geschieht auf zweierlei Arten: „hohe Preise und niedrige Löhne.“ Beide Arten der Ausbeutung bewirken die sogenannte Überproduktion, lassen die Waren unerschaffen werden, schaffen die Wirtschaftslücke, erzeugen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Sieht es nicht so aus, daß auch die Firma Villeroy & Boch ein Schrittmacher dieser künstlich herbeigeführten Katastrophenspolitik ist? Was ist nun das Gebot der Stunde für die Gemeinde Wallerfangen? Daß die Gemeinde am Ende ihres Vateins ist, bedarf nicht vieler Worte. Die Firma lehnt es ganz entschieden ab, von irgendeiner Seite Hilfe in Anspruch zu nehmen. Keine Umstellung, keine Subvention, nichts kann die Herren von Boch von ihrem Vorhaben abbringen. Den einzigen Wunsch, den Herr von Boch äußert, ist, eine Vermittlung von seiten der Ortsbehörde, dazu behilflich zu sein, zu einem angemessenen Preis das Werk zu veräußern, andernfalls der Schröthändler die Ausschachtung vornimmt. Über 600 Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne die Angestellten, werden dem ungewissen Schicksal überlassen. Wo nimmt besonders die Gemeinde Wallerfangen die Mittel her, um die Protokollen zu unterstützen. Der Steueranfall allein ist durch Ausschneiden einer Person so gewaltig, daß die Gemeinde vor dem Bankrott steht. Bei passender Gelegenheit wird auch dazu Stellung genommen werden müssen, wie in den letzten Jahren hier gewirtschaftet wurde. Die Reihe ist an der Regierungskommission, hier helfend einzugreifen, damit die Gemeinde Wallerfangen über Wasser gehalten wird.

Ein überflüssiger Beamtenapparat war da. Unsinniges Umbauen an allen Ecken und Enden und doch nichts gebaut. Vom Modernbau angefangen bis zur Rundbahn und was dazwischen lag, Schätzungsweise in ganz kurzer Zeit bis 4 Millionen Reichsmark. Das sind die Symptome der letzten Zeit. Man erwägt jahrelang die Stilllegung des Werkes, nicht erwägenswert die Summe, die unsinnig verpulvert wurde.

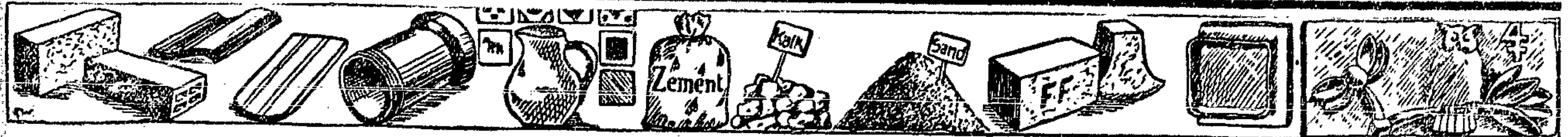
Wer hat in Wallerfangen falsch kalkuliert? Recht drastisch pflegte sich der verstorbene Herr Direktor Lengersdorff auszuäuern in bezug auf die Leistungsfähigkeit der hiesigen Fabrik. Bei passender Gelegenheit waren seine Worte feis: „An der Wallerfanger Fabrik läuft die ganze Firma“, aber fügte er hinzu: „der Händler und sein Freund werden auch groß dabei.“

Frankfurt (Ober).

Die Firma Theodor Baetsch, Steingutfabrik in Frankfurt (Ober), hat ihren Arbeitern zugemutet, unter den im Tarif für die feinkeramische Industrie festgesetzten Lohnsätzen zu arbeiten. Das haben die Arbeiter einmütig abgelehnt. Sie weigern sich, zu untertariflichen Lohnsätzen zu arbeiten. Der Betrieb liegt infolgedessen still, nur ein paar Hausarbeiter, ungelernete Arbeiter, die dem Stahlhelm angehören, haben sich gefunden, und mit diesen verliert Herr Baetsch Steingut zu fabrizieren. Wir sind überzeugt davon, daß er damit nicht weit kommen wird. Baetsch hat Einspruch gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifes der feinkeramischen Industrie beim Reichsarbeitsministerium erhoben, weil er sich zu Unrecht in die Ortsklasse A verweist fühlt. Die Frankfurter Steingutarbeiter und -arbeiterinnen müssen die Absichten des Herrn Baetsch im Interesse aller Steingutarbeiter- und -arbeiterinnen zurückweisen. Der Tarif muß für die Entlohnung für alle Arbeitgeber maßgebend sein. Bezug nach Frankfurt (Ober) ist strengstens fern zu halten!

Rafin.

Von der Porzellanfabrik Kofla heißt es im Bericht für das letzte Geschäftsjahr, daß sie einen befriedigenden Absatz erzielen konnte, aber die Preise seien unzureichend gewesen. Die Nachfrage nach Elektro-Porzellan sei dagegen zurückgegangen. Das Exportgeschäft, besonders nach den Vereinigten Staaten, sei durch die Konkurrenz der japanischen Porzellan-Industrie stark erschwert worden. Etwas besser habe sich dagegen das Geschäft in Kanada entwickelt, wo die Gesellschaft größere Mengen an Elektro-Porzellan zu befriedigenden Preisen absetzen konnte.



Ungünstige Baumarktlage.

Der Lage auf dem Baumarkt galt die letzte Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung. Die Ergebnisse sind für die Baustoffindustrie nicht erfreulich, aber doch schließlich so wichtig, daß man nicht daran vorbeigehen darf. Das Institut stellt fest:

Die Bautätigkeit hat im Jahr 1930 den ununterbrochenen Aufstieg seit der Währungsstabilisierung nicht fortgesetzt. Das Gesamtergebnis der baugewerblichen Produktion war 1930 mit rund 7,1 Milliarden RM um rund 1,8 Milliarden RM oder ein Fünftel geringer als 1929. Der Rückgang betraf sowohl den gewerblichen Bau wie den Wohnungsbau und den öffentlichen Bau.

Der gewerbliche Bau, dessen Produktionswert in den letzten Jahren rund den dritten Teil der gesamten baugewerblichen Produktion betrug, ist um etwa 800 Millionen RM oder 10 Proz. eingeschränkt worden. Der Wohnungsbau ging um etwa 500 Millionen RM oder 15 Proz. die Bautätigkeit der öffentlichen Wirtschaft um rund 1 Milliarde RM oder 37 Prozent zurück.

Die Verminderung der gewerblichen Bautätigkeit erklärt sich zwangsläufig aus den Einschränkungen der Investitionen, die in allen Teilen der Wirtschaft vorgenommen werden mußten. Wenn dagegen das Bauvolumen auch im Wohnungsbau zurückgegangen ist, so ist dies nur eine mittelbare Folge des Konjunkturabschwungs, die sich in der Hauptfrage aus der Abhängigkeit des Wohnungsbaus von der Finanzlage der öffentlichen Wirtschaft ergibt. Im Wohnungsbau wurde die Konjunkturbewegung von der öffentlichen Wohnungsbaupolitik völlig überdeckt. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden rund 54 Proz. der dem Wohnungsbau angeführten langfristigen Mittel von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Infolgedessen war der Wohnungsbau unbeeinträchtigt von dem Ablauf der Konjunktur und der Gefährdung des Kapitalzinses von 1924 bis 1929 ständig gemacht. Selbst die starke Anspannung des Geld- und Kapitalmarktes seit dem Jahre 1927 hatte das Tempo der Aufwärtsbewegung nicht hemmen können, da durch die Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse die Belastung durch den steigenden Kapitalzins größtenteils ausgeglichen wurde. Im Jahre 1930 wurden nun die Wohnungsbauarbeiten der Kommunen teils durch Vorarbeiten in früheren Jahren teils infolge der Vernichtung der Gemeindefinanzen eingeschränkt, so daß der Wohnungsbau stark zurückgehen mußte.

Der Bautätigkeit der öffentlichen Wirtschaft ist nach dem Kriege die besondere Aufgabe gestellt worden, im Sinne eines Konjunkturausgleichs in der Depression die Arbeitsbeschaffung zu unterstützen. Die Durchführung dieser Aufgabe ist in der Depression von 1926 in gewissem Umfang, in der jetzigen Depression so gut wie gar nicht möglich gewesen. Denn gerade im Jahre 1930 mußten bei Reich, Ländern und Gemeinden unter dem Druck sinkender Einnahmen Einsparungen vorgenommen werden, die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil das öffentliche Bauprogramm betrafen.

Die Zukunft des Baumarktes

wird so beurteilt:

Auch im neuen Jahr wird sich die Bautätigkeit aller Voraussicht nach in verhältnismäßig engen Grenzen halten. Im gewerblichen Bau muß nach den vorliegenden Bauplanungen ein weiterer Rückgang erwartet werden. Mit einer durch-

greifenden Belebung ist erst dann zu rechnen, wenn mit anhaltender Konjunktur umfangreiche bauliche Neuinvestitionen in Industrie und Handel notwendig werden.

Andererseits wird auch die gesamte Lage der öffentlichen Finanzen eine stärkere Betätigung der öffentlichen Hand im Bauwesen unterbinden. So wird daher nicht allein die öffentliche Bautätigkeit auch weiterhin nur gering sein; auch der Wohnungsbau wird noch weiter abnehmen, da die Verringerung der für den Wohnungsbau verfügbaren Hauszinssteuermittel eine weitere erhebliche Einschränkung des Wohnungsbaus verursacht. Angesichts der starken Abhängigkeit des Wohnungsbaus von der öffentlichen Wirtschaft wird daran selbst eine Erleichterung auf dem Kapitalmarkt nichts ändern.

Das Zukunftsproblem des Wohnungsbaues

sieht nach den Forschungen so aus:

Ein Sonderproblem ergibt sich im Wohnungsbau aus der ständigen Verkleinerung der Wohnungen. Der verdrängte Bau von kleinen Wohnungen wird in den kommenden Jahren nicht nur die durchschnittliche Wohnungsgröße der neuerstellten Wohnungen weiter herabdrücken, sondern auch den Umfang des Arbeitsaufwands je errichtete Wohnung und somit die mögliche Beschäftigung des Baugewerbes erheblich einschränken. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen in den statistisch erfaßten Groß- und Mittelstädten die schon von 1928 bis zum 1. Halbjahr 1930 von 3,9 auf 3,7 Räume zurückging, dürfte schon für die zweite Hälfte des Jahres 1930 und insbesondere für 1931 noch weiter gesenkt werden. Die Notwendigkeit, mit geringeren öffentlichen Mitteln dennoch Wohnungen zu bauen, deren Mieten den beschränkten Einkommensverhältnissen eines großen Teiles der Wohnungsuchenden angepaßt sind, erfordert eine weitere Verkleinerung der Wohnungsgröße. Diese kleinen Wohnungen, deren Größe der augenblicklichen Marktlage Rechnung trägt, werden nun aber wahrscheinlich in der Zukunft, bei der einmal zu erwartenden Sättigung des Wohnungsbedarfs und besonders bei einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage und trendmäßigen Steigerung der Einkommen, in vielen Fällen nur schwer zu vermieten sein. Das Problem dauernder Rentabilität, das insbesondere für hypothekeartige Beleihung maßgebend ist, kann hier nur durch die Anwendung von Baureifen gelöst werden, die die leichte Zusammenlegung mehrerer kleinerer Wohnungen zu größeren Wohnungen ohne erheblichen Kostenaufwand gestatten.

Es besteht nun aber nicht nur die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Mitteln eine möglichst große Zahl von Wohnungen zu errichten, sondern es ist auch notwendig, die Wohnungsbauten stärker als bisher in regionaler Hinsicht dem Bedarf anzupassen. Während bisher für die Verteilung der öffentlichen Wohnungsbauarbeiten fast ausschließlich die Zahl der Wohnungsuchenden in einem bestimmten Ort maßgebend war, wird es allmählich unumgänglich, die Wohnungsproduktion unter dem Gesichtspunkt des Standorts der Arbeitskräfte und der Arbeitsplätze zu verteilen. Für alle die Orte, zu denen Verkehrsbedürfnisse erweisenmachen weite Strecken zurückzulegen haben, oder wo ein Ausbau ausläuferreicher Industrien durch den Mangel an Arbeitskräften offensichtlich gehemmt ist, wäre eine bezugsweise Beihilfe aus den Mitteln der staatlichen Ausgleichsfonds zweckmäßig.

Kraftmaschinen in der Ralk-, Gips- und Kreideindustrie.

Die energiewirtschaftliche Struktur der einzelnen Gewerbe ist durch eine kürzlich veröffentlichte Statistik über die verwendeten Kraftmaschinen aufgeklärt worden. Anlaß zu der umfangreichen Erhebung boten einige wichtige ihrer Lösung harrenden Probleme. Einmal sollte auf diese Weise der Einfluß aufgewiesen werden, der von der zunehmenden Verwendung von mechanischer Kraft auf den Arbeitsmarkt ausgeht, und dann stand das brennende Problem Eisenbahnfracht oder Luftkraftwagen zur Debatte und schließlich die nicht minder zeitgemäße Frage: Strombezug oder eigene Stromerzeugung. Einige gemeinsame Ränge in der Produktion gestatten die gemeinsame Behandlung der Ralk-, Gips- und Kreideindustrie in Bezug auf die aufgeworfenen Fragen. So ist beispielsweise in diesen drei Gewerbezweigen die Zahl der mit Dampfmaschinen betriebenen Fahrzeuge verhältnismäßig mit denen, die mit Explosionsmotoren betrieben werden, sehr groß. Leider gestattet die Statistik nicht die Entwicklung zu verfolgen, die in allerletzter Zeit hier Platz gegriffen hat, und deshalb wird sich in dieser Hinsicht kaum ein einwandfreier Schluß ziehen lassen.

Die Kraftmaschinen dagegen sind in ihrem Bestande ziemlich stabil. Gemäß muß auch hier mit Veränderungen gerechnet werden insbesondere dort, wo das Verhältnis zwischen aktiven und in Reserve stehenden Motoren in Frage steht, denn dieses Verhältnis wird in nicht geringem Umfange konjunkturbedingt sein. Im allgemeinen kann man aber damit rechnen, daß die Statistik ein wirklichkeitsgetreues Bild von der Situation liefert. In der folgenden Tabelle sind die Motorbestände der drei Industriezweige mit ihrem Motorenbestand zusammengefaßt.

Zweige	Kraftmaschinenbestand			auf 100 Beschäftigte
	Ralkmotoren	Gipsmotoren	Kreidemotoren	
Ralkindustrie	378	14454	26591	20139
Gipsindustrie	74	1042	1670	805
Kreideindustrie	118	3745	5734	2477

In der Kreideindustrie sind nur 9 Unternehmen gezählt worden, die nicht mit Motoren versehen sind in der Gipsindustrie aber 279 und in der Ralkindustrie mehr als 500 wobei allerdings in Betracht gezogen werden muß, daß viele Unternehmen aus kleinen Umfängen sind. In der Gipsindustrie kommen auf jeden Beschäftigten 2 PS, in der Kreideindustrie nur 1,5 PS. Die Ralkindustrie ist ihres Umfangs wegen nach Betriebsgrößen aufgeschlüsselt.

Betriebsgröße	Ralkmotoren	Gipsmotoren	Kreidemotoren	auf 100 Beschäftigte
1-10	766	46	1230	161
11-50	4716	157	11373	241
51-200	6453	68	16760	260
201-500	3173	11	12167	383
501-1000	2972	4	9222	310
darüber	2223	1	3106	409

In den 4 Betrieben, die zwischen 500 und 1000 Personen beschäftigen, sind pro Beschäftigten 3,1 PS an Kraftmaschinen installiert. Der Betrieb von dieser Größenart dürfte mit allen nötigen nötigen Maschinen ausgestattet sein, und mit großer Sicherheit ist das für die Betriebe der nächstniedrigeren Gruppe und von dem Kleinbetriebe mit mehr als 1000 Beschäft-

igten anzunehmen. Die Betriebe zwischen 500 und 1000 Beschäftigten kommen somit mit 23 Proz. weniger Kraftmaschinen aus als die Betriebe der nächstniedrigeren Gruppe und mit 24 Proz. weniger als der Kleinbetrieb.

In der Zusammenstellung des Motorenbestandes der drei Industrien ist bereits der Bestand nach solchen Motoren aufgeführt, die primär, das heißt direkt die Arbeitsmaschine antreiben, und den Elektromotoren, die natürlich ihrerseits wieder die Kraft von dritter Seite erhalten. Bei der Frage, in welchem Umfange die Ralk-, Gips- und Kreideindustrie Strom kaufen oder selber erzeugen, wird deshalb zunächst auf den Bestand dieser Industrien an Primärmotoren einzugehen sein. Im folgenden sind für jede Industrie die eigene Krafterzeugung und die wichtigsten der dazu verwendeten Maschinen zusammengefaßt.

Maschine	Ralkindustrie		Gipsindustrie		Kreideindustrie	
	Niederl.	Rotor	Niederl.	Rotor	Niederl.	Rotor
Gipsind. insges.	85	136	26	7030	1307	
Kolbendampf.	39	51	3	5225	1111	
Wasserturbinen	22	30	6	762	114	
Schwerdampfmotoren	12	15	3	597	55	
Ralkind. insges.	230	333	60	27276	5336	
Kolbendampf.	124	201	33	21556	3854	
Schwerdampfmotoren	64	75	10	2370	412	
Wasserturbinen	18	25	2	938	26	
Gasmotoren	12	16	3	917	215	
Kreideind. insges.	35	45	4	1884	122	
Kolbendampf.	26	30	3	1591	107	
Schwerdampfmotoren	6	6	1	139	—	
Wasserturbinen	4	4	1	85	15	

Die Kolbendampfmaschine hat natürlich ihrerseits eine überlegene Position. Als Konkurrenz für sie kommt lediglich die Dampfturbine ernsthaft in Frage, und davon gibt es eigentlich nur 2 Maschinen in der Ralkindustrie, die aber beide stillgelegt sind. Am nächsten kommt der Dampfmaschine nach der Schwerdampfmotor. Bei den hier erfaßten Industrien spielen auch die Wasserturbine und das Wasserrad eine gewisse Rolle. Nicht ohne Interesse ist vielleicht auch die Verwendung des Gasmotors in der Ralkindustrie, wobei die Statistik bei der räumlichen Ausbreitung dieser Motorengattung der Realität wahrscheinlich stark nachhinkt.

Von der aktiven Krafterzeugung der Ralkindustrie werden 5450 PS zum direkten Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendet und 16490 PS zum Antrieb von Stromerzeugern. In der Ralk- und Gipsindustrie ist der Anteil der direkt zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Energie an der gesamten Kraft-erzeugung prozentual etwas größer. In der Ralkindustrie sind 72 Niederlassungen mit Generatoren ausgestattet, in der Kreide- und Gipsindustrie 16 bzw. 21 Niederlassungen. Die Kennleistung der überhaupt vorhandenen Dynamomaschinen, von denen noch ein erheblicher Teil außer Betrieb ist, deckt nirgends mehr als 25 Proz. des in den Elektromotoren repräsentierten Bedarfs.

Niederlassungen mit Verwendung von Elektromotoren:

Zweige	Ralkindustrie		Gipsindustrie		Kreideindustrie	
	Niederl.	Rotor	Niederl.	Rotor	Niederl.	Rotor
Ralkindustrie	318	1777	185	25215	3366	
Gipsindustrie	33	421	87	7968	2108	
Kreideindustrie	63	225	15	1914	102	

Es gibt nur noch rund 50 Niederlassungen die ihren Strombedarf mit eigener Erzeugung decken, wovon 36 in der Ralkindustrie sind. Ein weiterer geringer Teil arbeitet teils mit eigenem und teils mit fremdem Strom, und die anderen Betriebe (335) der drei Gewerbezweige benutzen ausschließlich fremden Strom zum Antrieb ihrer Elektromotoren. An rotierenden Uniformen wurden in der Ralkindustrie 24 mit einer Nennleistung von 3378 Kilowatt und in der Gipsindustrie 8 (386 Kilowatt) gezählt.

Erfahrungen

mit dem Einhand-Hohlziegel.

Die Bauwirtschaft ist derjenige Wirtschaftszweig, der sich der Rationalisierung im üblichen Sinne — Erhebung der Hand- durch Maschinenarbeit — am wenigsten zugänglich gezeigt hat. Noch immer legt der Maurer bei der Ziegelbauweise wie im Mittelalter, wie im alten Babylon einen Stein auf den anderen, in mühseliger Einzel- und Kleinarbeit.

Um dem Problem der Vervielfachung des Bauens beizukommen, hat man nun versucht, das einzelne Bauelement, den Baustein, möglichst „rationell“ zu gestalten. Die Allgemeine Deutsche Ziegelsteingewerkschaft hat alle Patente erworben und alle Arbeiten gefördert, die der Massenherstellung und Verbreitung des Einhand-Hohlziegels (EHZ) dienen. Dieser ist ein Hohlziegel, der an fünf der sechs Seiten geschlossen ist und die doppelte Größe eines Reichsnormalziegels (25 x 12 x 6,5 Zentimeter) hat, nämlich die Maße 25 x 12 x 14,2 Zentimeter; er ist also in Wahrheit etwas größer als zwei Normalziegel, nämlich um eine Mörteifuge, durch die im gewöhnlichen Mauerverband zwei Ziegel verbunden werden. Diese Abmessungen ermöglichen es, daß die Maurer nicht umzutreten brauchen, sondern im gewohnten Verband weiterarbeiten können. Da der EHZ-Stein hohl ist, hat er nur ein Gewicht von 4 bis 5 Kilogramm gegen 8 bis 10 Kilogramm des Normalformatziegels. Er kann also — wie die Erfahrungen zeigen — vom Maurer mit einer Hand verarbeitet werden, ohne daß eine vorzeitige Ermüdung eintritt.

Daraus folgt eine wesentliche Beschleunigung des Arbeitsvorganges und eine Abkürzung der Bauzeit; während 1 Kubikmeter Mauerwerk mit normalen Ziegelsteinen in 8 bis 10 Stunden hergestellt wird, sind bei der Verwendung von EHZ-Steinen nur 5 bis 8 Stunden nötig. Weil eine Fuge bei der Größe des Steines mitgeliefert wird, tritt eine Mörteifuge ersparnis von 30 bis 35 Proz. ein. Das Mauerwerksgewicht verringert sich von 1400 Kilogramm auf 1350 Kilogramm pro Kubikmeter, so daß Fundamente und Pfeiler entsprechend leichter gebaut werden können. Die relative Leichtigkeit des EHZ-Steines bringt auch bedeutende Ersparnisse beim Transport. Außerdem soll der EHZ-Stein von hervorragender Qualität in Bezug auf Festigkeit, Schaß- und Wärmedichtigkeit sein.

Der EHZ-Stein kostet im Durchschnitt das Doppelte des Normalziegels. Da bei der Verwendung von EHZ-Steinen die oben angeführten Ersparnisse eintreten, so stellt sich das Bauen mit EHZ-Steinen nicht unwesentlich billiger als andere Bauweisen. In Stuttgart, wo seit Jahren die EHZ-Steine bei einer Anzahl von Siedlungs-, Verwaltungs-, und Krankenhausbauten verwendet werden, wurden Baukosten für einen Kubikmeter Mauerwerk bei Verwendung von Normalziegeln in Höhe von 48,90 RM bei Verwendung von EHZ-Steinen in Höhe von 27,65 RM festgestellt, d. i. eine Verringerung um fast 15 Proz.

Die EHZ-Steine werden in ganz Deutschland bereits hergestellt; allerdings scheint ihre Verwendung in Süddeutschland stärker als in Norddeutschland verbreitet zu sein. Aber die EHZ-Steine werden beispielsweise auch in Berlin bei dem Bau des Hochhauses der Rheanania-Lag an der Bendlerbrücke und bei den Siedlungsbauten in Hahnenhorst verwendet. Es bleibt abzuwarten, ob sich der EHZ-Stein in der Praxis allgemein durchsetzen wird. Noch scheint nicht ganz sicher, ob nicht den zunächst betretenden Vorzügen wesentliche Nachteile gegenüberstehen, die bisher nicht bekannt oder nicht genügend beachtet wurden.

Was

hat die Regierung versprochen?

Vor kurzem behaupteten die Bergbauindustriellen, daß ihnen ein Lohnabbau von 8 Proz. seitens der Regierung zugesagt worden sei. Das Reichsarbeitsministerium hat in einem Dokument, das nicht sehr überzeugend wirkte, diese Behauptung bestritten.

Am 9. d. M. fanden die Schlichtungsverhandlungen für das Zementwerk Hemmoor vor dem Schlichtungsausschuß Harburg, Zweigstelle Stade, statt. Die Arbeitgeber forderten einen Lohnabbau von 10 Proz. Der Schlichtungsausschuß sollte einen Spruch, wonach die Löhne um 5 Pf. (6 Proz.) ab 16. Januar 1931 abgebaut werden.

In diesen Verhandlungen wurde von dem Syndikat der Arbeitgeber die Behauptung aufgestellt, daß die Regierung den Industriellen einen Lohnabbau von mindestens 6 Proz. versprochen hätte. Könnte man diese Behauptung des Arbeitgebervertreters noch als Aitationsphrase hinstellen, so wirkte es doch äußerst fragwürdig, daß sich auch der Schlichtungsausschußvorsitzende bei Verknüpfung des Schlichtungsbeschlusses auf den Wunsch der Regierung, einen sechsprozentigen Lohnabbau vorzunehmen, berief. Allerdings brachte er im weiteren Verlauf der Begründung den Hinweis auf den Abbau der Vermögensschalter.

Erklärungen dieser Art sind uns in Zementverhandlungen nun schon des öfteren gemacht worden. Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, daß die Arbeitgebervertreter es strikte ablehnen, in eine Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Zementindustrie einzutreten, ja, es sogar ablehnen, sie überhaupt darzulegen. Auf vorabgebrachte Argumente der Arbeitnehmervertreter erklärt man: „Darüber seien sie nicht befragt und auch nicht verpflichtet zu reden.“ Aber auch die Schlichtungsausschüsse bzw. deren Vorsitzende gehen auf diese Frage nicht ein; für sie scheint der Wunsch der Regierung Bescheid zu sein. Aus diesem Grunde wurde wohl auch im angebotenen Falle, wie fast allgemein üblich und auch in der Schlichtungsordnung festgelegt, der Versuch einer Einigung gar nicht erst gemacht.

Es wird notwendig sein, daß die Regierung sich zu diesen Fragen äußert. Hat sie derartige Zusagen den Arbeitgebern nicht gegeben, oder den Schlichtungsausschüssen Informationen solchen Inhalts nicht zuzuschicken, so erwartet die Arbeiterschaft, daß es öffentlich in klarer Form bekannt wird. Weiterhin muß verlangt werden, daß die Schlichtungsausschüsse von ihrem Recht auf Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie auch Gebrauch machen.

Der industrielle Standort.

Unter dem Standort einer Industrie verstehen wir den Bezirk, in dem das betreffende Gewerbe beheimatet ist. Seine Kenntnis vermittelt uns die Wirtschaftsgeographie. Interessant ist dabei die Feststellung, woher es wohl kommen mag, daß unsere meisten Industrien an bestimmte Gebiete unseres Landes gebunden sind. Meist dürfte die Antwort auf eine solche Frage mit dem Hinweis auf die Nähe der Rohstoffe richtig sein, jedoch nicht für alle Industriegebiete ist dies zutreffend. Die fortschreitende Entwicklung unseres Verkehrsnetzes hat längst die Gebundenheit der weiterverarbeitenden Industrie an das Rohstoffgebiet aufgehoben. In Groß-Berlin und seiner näheren Umgebung dürfte beispielsweise weit mehr Eisen und Stahl verarbeitet werden als an der Rohstoffquelle. Im allgemeinen wird die Nähe des Rohstoffes bevorzugt, wenn die industrielle Verarbeitung nur eine geringe Verfeinerung des Rohmaterials herbeiführt. Das ist besonders auch heute noch maßgebend für die keramische Industrie, in der die Glasblätereien in Holz- und braunflehreichten Bezirken ihren Hauptsitz haben.

Von besonderer Bedeutung für die Wahl eines industriellen Standortes ist aber auch der Preis für die menschliche Arbeitskraft, also der Lohn. So ist insbesondere die Spielwarenindustrie an Gebiete gebunden, in denen seit langem die Löhne besonders gering sind. Im Jahresbericht von 1927 der bayerischen Gewerbestellenämter waren für die Nürnberger Spielwarenindustrie noch Stundenlöhne von 3/4 bis 8 Pfennig genannt. Die dort vorhandene Tradition der niedrigen Löhne, das Lohnhorkommen, ist für die Entwicklung der Nürnberger Spielwarenindustrie sehr ausfallgebend.

Schließlich spielt noch die Nähe des Marktes, also der Absatz, für den industriellen Standort eine mindestens ebenso

wichtige Rolle wie die vorerwähnte Nähe des Rohstoffes. So kann sich selbstverständlich eine Schiffbau- oder Werkindustrie nur in den Hafenplätzen festsetzen. Denn für die Werkindustrie sind die an heimkehrenden Schiffen notwendigen Reparatur- und Ueberholungsarbeiten fast ebenso lohnende Beschäftigungen wie Neubauten. Aus letzteren Gründen erleben wir gegenwärtig in Stettin mit zurückgehendem Hafenverkehr einen beträchtlichen Rückgang der dortigen Werkindustrie.

Gewisse Wechsel im Standort der Industrien, die zur Zeit auch in Deutschland zu beobachten sind, führen meist zu einer kleinen Völkerveränderung. Freilich ist der Wechsel der Heimat der Arbeiter manchmal schwerer als der Wechsel der Heimat der Industrie. So verlassen unsere schlesischen Bergarbeiter unter dem Druck schwerster wirtschaftlicher Not nur ungern ihre Heimat, um sich etwa im Ruhrgebiet unter für sie ganz anderen Arbeitsbedingungen ihr Brot zu verdienen.

Die Nationalisierung und die damit verbundene stärkere Konzentrierung mancher Industrien bedingt gleichfalls einen Wechsel des industriellen Standortes. Gas- und Elektrizität waren ursprünglich marktgebunden. Das heißt, jede Gemeinde gründete ihr eigenes Gas- bzw. Elektrizitätswerk, und die Rentabilität dieser Werke war durch das ihnen für den Absatz eingeräumte Monopol innerhalb des kommunalen Versorgungsgebietes gesichert. Die nach dem Kriege immer stärker in die Erdeimung tretenden finanziellen Räte unserer Kommunen zwangen auch diese zur Nationalisierung. Heute haben wir bereits in der Elektrizitätsversorgung eine Reihe von Großbetrieben, deren Absatz weit über die Grenzen der Gemeinden, des Kreises, ja sogar über die der Provinz hinausgeht. Das gleiche bahnt sich gegenwärtig in der Gasversorgung an. Der Gasfernbezug ist ebenfalls bereits für eine Reihe von Städten eingeführt.

Georg Raible.

Literarisches.

Handbüchlein über die Krankenversicherung von Stadtamann C. Gaß. Aschauerstr. 1. Selbstverlag. Preis 30 Pf. 100 Stück 25 RM. In dem Büchlein sind die wichtigsten Bestimmungen über die reichsgesetzliche Krankenversicherung nach dem neuesten Gesetzstande in leicht verständlicher Weise zusammengefaßt. Die Anschaffung dieses billigen Büchleins kann allen Mitgliedern bestens empfohlen werden.

Änderungen in der Krankenversicherung. 3. geänderte Auflage mit Durchführungsrichtlinien. Erläutert von Heimut Lehmann. Broschüre. Organisationspreis 1,80 RM. Ladenpreis 2,50 RM. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. — Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 hat wesentliche Änderungen in der Krankenversicherung gebracht, u. a. die teilweise Aufhebung der Krankenscheingebühr und des Arzneikostenanteils. Sämtliche Neuerungen sind in der 3. Auflage dieser Schrift von Heimut Lehmann, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Verbandes deutscher Krankenkassen e. V., berücksichtigt worden. Auch die inzwischen ergangenen Ausführungsbestimmungen, die manche Zweifelsfragen geklärt haben, wurden aufgenommen. Die bisherige Rechtsprechung, soweit sie für die Änderungen von Bedeutung ist, ist gleichfalls herangezogen worden. Der Anhang enthält die wichtigen Bestimmungen über die Sicherung des Haushalts über die Gehaltskürzung und über die Änderung der Anstellungsgrundsätze (Verwendung von Versorgungsanwärtern). Die Vorschriften sind, wie bisher, knapp erläutert worden, um die Uebersichtlichkeit nicht zu beeinträchtigen. Das Eingehen auf theoretische Streitfragen wurde vermieden, da die Schrift lediglich die praktische Durchführung des Gesetzes erleichtern will. Dieser Zweck wird voll auf erreicht. Die neue Auflage wird deshalb ebenso wie ihre Vorgängerin, in unserem Leserkreise allgemeine Verbreitung finden.

Der Unfallverhütungskalender 1931 ist erschienen. Zum fünften Male gibt die Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften den Unfallverhütungskalender heraus, der in den letzten Jahren stets in annähernd 2 Millionen Exemplaren an die Arbeitnehmer verteilt wurde. Das schicke, kleine Heftchen, 64 Seiten stark, auf fast allen Seiten reich illustriert, in hübschem, farbigem Umschlag enthält keine gelehrten Abhandlungen, sondern kurze prägnante Beispiele aus der Praxis des alltäglichen Arbeitslebens. So kann auch der Unfallverhütungskalender 1931 bei jedem Arbeiter und seiner Familie bleibenden Nutzen stiften. Wie alljährlich ist auch diesmal wieder ein Preisausgeschrieben in dem Kalender enthalten, für das 22 Preise im Gesamtwert von 1000 RM ausgesetzt sind. — Im vorigen Jahr erzielte das Kalenderausgeschrieben des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften eine Rekordzahl von zum Teil recht wertvollen Einsendungen, von denen einige im diesjährigen Kalender veröffentlicht sind. — Es wäre von größter Bedeutung, wenn nicht nur, wie bisher üblich, die großen Werke diesen Unfallkalender an die Arbeiter kostenlos verteilen, sondern wenn mehr als bisher die mittleren, kleineren und kleinsten Betriebe dieses wertvolle Belehrungs- und Aufklärungsmaterial an ihre Arbeitnehmer abgeben. Gerade in diesen Betrieben ereignen sich sehr zahlreiche Unfälle, die bei nötiger Vorsorge vermeidbar wären. — Den Bezug des billigen Unfallverhütungskalenders vermittelt jede Berufsgenossenschaft oder direkt die gemeinnützige Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37 (Preis des Kalenders 15 Pf.).

Der Holzschmitt. Freunde künstlerischen Schaffens haben Gelegenheit, eine große Anzahl Drucke der vielseitigen und schönen Holzschmiedekunst im Ausstellungsraum des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe, Berlin, Königin-Augusta-Str. 12, zu besichtigen. In plastischen Darstellungen wird außerdem der Werdegang eines Holzschmittes gezeigt. Die Ausstellung ist dienstags von 16 bis 19 Uhr, Sonntags von 14 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt jedermann zugänglich. Gruppenführungen nach vorheriger Verständigung auch außerhalb der angegebenen Zeiten. Fernsprecher: Lützow 5533.

Die internationale Regelung der Sozialversicherung von Gustav Hoch. 32 Seiten. Ladenpreis 75 Pf., Organisationspreis 50 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. Soeben ist das Heft 2 der neuen Schriftenreihe der Verlagsgesellschaft des ADGB über „Internationale Sozialpolitik“ erschienen. Es behandelt die internationale Regelung der Sozialversicherung. Der Verfasser, Gustav Hoch, gibt in dieser Schrift eine gute Darstellung der bisherigen internationalen Regelung. Darüber hinaus geht er aber auch vom Standpunkt des Ideals einer Arbeitnehmerversicherung mit kritischer Sonde an die bisherige internationale Regelung heran und gibt manchen wertvollen Hinweisen für die weiteren Ausbau. Zusammenfassend ist er der Auffassung, daß die Beschüsse der Genfer Arbeitskonferenz zu einer günstigen Entwicklung der Arbeitnehmerversicherung beigetragen haben, denn allmählich gestalten die einzelnen Staaten ihre Gesetze nach der in Genf gefundenen internationalen Regelung. In einem besonderen Abschnitt ist in der Schrift eine bisher in deutscher Sprache überhaupt noch nicht veröffentlichte Zusammenstellung der Länder mit Arbeitnehmerversicherung enthalten. Eine besondere Tabelle unterrichtet über den Stand der ratifizierten Übereinkommen bis November 1930, und eine Zeittafel stellt sehr übersichtlich die bisherige internationale Regelung der Arbeitnehmerversicherung dar.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.
Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziffer 3a des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Wertheim: Fritz Burkhart, Buch-Nr. S II 543 090; gemäß § 14, Ziffer 3, a, b und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Rügen: Franz Emmerich, Buch-Nr. S II 534 064, und gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Harburg-Wilhelmshurg: Johann Schweibel, Buch-Nr. S II 748 022.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter dieser Überschrift werden nicht aufgenommen.)
Spezialist in Bierfeld-Malerei, 31 Jahre alt, verheiratet, sucht Stellung. Angebote sind erwünscht an die Zahlstelle A d e b e r g, Cadixen.
Tüchtiger Presser (lebig), für Konserndackel, zur Ausschilfe sofort gesucht. Angebote an Max K r o e m e r, Senftenberg II, R.-L., Klettviher Straße 31. (1/31)

Gewe und Zahlstellen

Freiberg i. Sa. Generalversammlung.

Die Delegierten-Generalversammlung am 11. Januar eröffnet der Vorsitzende, Koll. Tempel. Die Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Neuwahlen, 3. Gewerkschaftliches wird genehmigt.

Aus dem von dem Kollegen Tempel vorgetragene Geschäftsbericht wird nachstehendes wiedergegeben.
Die Wirtschaftsdpression hat sich nur zum Nachteil der Beschäftigten ausgewirkt. Auch im neuen Jahre ist vielleicht mit einem noch viel größeren Elend zu rechnen. Größere Wirtschaftsführer prophezeien, daß erst im Spätsommer ein schwacher Auftrieb in der Wirtschaft zu erwarten ist. Der Kampf des Proletariats untereinander wirkt sich nur zum Nachteil aus. Der beschlossene und zum großen Teil bereits eingetretene Lohnabbau in den einzelnen Industriezweigen ist ein derartig harter Schlag für die Arbeiterschaft, daß er nicht jährlich genug beiseite werden kann. Alle Kräfte müssen zusammengeworfen werden, um diesen Schlag zurückzuweisen. Das Treiben der NSD, und der Nazi trägt Schuld an der Verschlechterung der Arbeiterschaft. Die unmöglichsten Dinge werden von diesen Seiten her der Arbeiterschaft vorgeschrieben, und ein großer Teil von ihnen fällt auf diese Prekariatsmacher herein. Alles, was für die Arbeiter von den freien Gewerkschaften geschaffen wurde, wird von diesen verantwortlichen Elementen vernichtet. Nur das geschlossene Zusammengehen der vernünftigen Arbeiter kann und wird diesem Treiben ein Ende machen.

Nedner gibt dann einen Ueberblick über den Arbeiterstand in den einzelnen Industriezweigen der Zahlstellenbereiche und geht des näheren auf die Lohnverhältnisse und Lohnbewegungen ein. Besonders ausführlich wird über die Vorkommnisse der Kohlenwerke in Brand-Erbisdorf berichtet. Dort ist es dem Unternehmer gelungen, Arbeiter, die sich mit einem unzureichenden Affordlohnabbau nicht einverstanden erklärten, durch seine Manier auf die Straße zu setzen, um sich echte deutsche Männer in den Betrieb hineinzunehmen. Bezeichnend hierbei ist, daß Stahlbeton- und Nazi, die sich doch als alleinstehende Arbeiter der Arbeiterschaft betrachten, mit dem drücklichen Verbandsbuch in der Tasche anderen Kollegen in den Rücken fallen, indem sie als Lohnrücker in die Betriebe hineinlaufen. Hier zeigen diese Verräterbanden ihr wahres Gesicht.

Dem Kassenbericht, der von dem Kassierer Koll. Pehold gegeben wird, entnehmen wir folgendes:

Die Einnahme der Hauptkasse im 4. Quartal 1930 beläuft sich mit der Ausgabe in Höhe von 36 723,79 RM. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 23 206,45 RM und stimmt mit der Ausgabe überein. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt am Schluß des 4. Quartals 14 595,36 RM. Von der Sonderunterstützung sind 725 arbeitslose Kolleginnen und Kollegen bedacht worden. Aus Mitteln der Hauptkasse sind 34 850 RM und aus Mitteln der Lokalkasse 1253,95 RM hierzu aufgebracht worden. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des 4. Quartals zusammen 3097. Trotz der Wirtschaftskrise konnte der Mitgliederstand erhalten werden. Es ist sogar ein Zugang von 4 Mitgliedern gegenüber dem 3. Quartal zu verzeichnen. Ein kurzer Ueberblick über die Jahresabrechnung sowie über die Zahl der abgehaltenen Versammlungen, Sitzungen und Vertretungen wird hierauf noch gegeben. Auf Antrag wird dem Kassierer einstimmig die Entlohnung erteilt.

In der Ausdrache über den Geschäfts- und Kassenbericht des Vorsitzenden sind mehrere Kollegen.

In Punkt 2. Neuwahlen werden die alten Verwaltungsmitglieder vorgeschlagen und einstimmig wiedergewählt. Es sind dies die Kollegen Tempel, Pehold, V a n d e r l e, Schössel, Praver, Hartmann, Richter, Vogel und die Kollegen G a n n z. Als Delegierte wurden, mit Ausnahme einiger Kollegen aus arbeitslosen Betrieben, die als Delegierte in Frage kommen, die alten Delegierten wiedergewählt.

In Punkt 3. Gewerkschaftliches gibt Kollege Tempel bekannt, daß, um die Rücknahme der ma... arbeitslosen Kollegen nicht zu verlieren, beabsichtigt ist, von Zeit zu Zeit Versammlungen mit denselben abzuhalten. Nachdem noch einige betreffende Angelegenheiten besprochen sind, schließt der Vorsitzende Kollege Tempel mit dem Rufe der Einigkeit die Versammlung.

Selb.

Im März vergangenen Jahres konnte man in Organen der kommunistischen Partei von einem großen Wahlsieg der NSD, hören. Gewerkschaftsmitgliedern lesen. In der Parteipublikation „Kämpfer“, Abt. B. in Selbst, erhielten die Kommunisten bei den Wahlen zum Betriebsrat von 9 Parteien 5, also die Mehrheit. Die Parteipublikation hoffte mit Ehrlichkeit auf die zielbewußten Verbesserungen der

Kommunisten, aber es kam anders. Schon das Amt des Arbeiterratsvorsitzenden wollten die Kommunisten vertrauensvoll einem freien Gewerkschafter überlassen. Die Gewerkschaftsleiter lehnten aber diese Anerkennung der Kommunisten dankend ab und überließen es den Herren, selbst zu arbeiten, damit sie beweisen können, daß sie in der Lage sind, ohne Gewerkschaft mehr zu leisten als die vielgepöbelten Reformisten. Aber recht bald mußten die NSD-Männer einsehen, daß auch sie nur mit Wasser kochen können, und daß der über ganz Deutschland verbreitete Wahlsieg ins Gegenteil für die NSD, umschlug. Ausmühten Kollegen und Kolleginnen fanden die NSD-Betriebsräte meist hilflos gegenüber, so daß im Betrieb öfters gesagt wurde, diese Phrasendrescher wählen wir nicht mehr. Auch soll ein leitender Beamter des Werkes sich dahin ausgedrückt haben, daß er seit Bestehen des BRG, mit keinem so sachlichen und vernünftigen Arbeiterratsvorsitzenden zu tun hatte als mit Herrn Wunderlich. Die Sachlichkeit und Vernunft des revolutionären Betriebsrates ging so weit, daß Herr W. und einige seiner Kollegen der Betriebsleitung und Arbeitkollegen gegenüber erklärten: „Wir revolutionären Betriebsräte haben unser Amt niedergelegt, weil wir das Vertrauen der Belegschaft und der Direktion nicht mehr besitzen.“ (Kommentar überflüssig!) Für den Betrieb wurden Neuwahlen zum Betriebsrat ausgeschrieben und was mußte man erleben? Die bisherigen revolutionären Betriebsräte reichten keine Vorschlagsliste ein. Uns ist sogar zu Ohren gekommen, daß der bisherige Führer Wunderlich im Sinne hat, mit den Reformisten gemeinsam zu arbeiten. Wir freuen uns sehr über diesen vernünftigen Standpunkt, denn gerade jetzt ist es notwendig, die Geschlossenheit innerhalb der Arbeiterschaft herbeizuführen. Herr W. hat eingesehen, daß Arbeitskämpfe nicht nach den Phrasen der NSD, geführt werden können, sondern daß dazu eine große Gewerkschaft, die auch Beiträge leistet, erforderlich ist.

Bünde - Dörentrop.

Unser Verbandsfilm „Aufstieg“ macht gegenwärtig im Gebiet von Bünde und Dörentrop Sensation. Er packt die Massen in ihrem tiefsten Innern, wählt sie auf, und zeigt ihnen den Entwicklungsgang der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften in Jahrzehnten. Der Film ist ein Meisterwerk. Wieder können keine so beredte Sprache reden, können uns keine so hohe Achtung von unseren Vorkämpfern abnotigen und können die Unorganisierten nicht so aufwühlend wie dieses Werk. Dringen wir mit diesem Film bis in die kleinsten Ortsteile und bis in die entlegensten Dörfer vor, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Der Film macht stark und reut an, sich einzureihen in das große Kampfheer und mitzutun beim Befreiungskampf der Arbeiterschaft.



FÜR UNSERE JUGEND

Tut mehr für Jugendbildung.

Gute proletarische Jugend freier und unabhängiger als vor dem Kriege. Sie hat ein viel größeres Mitbestimmungsrecht. Das kann den Gewerkschaften und Parteien der sozialistischen Arbeiterschaft jedoch zum Nachteil werden, wenn nicht tut mehr. Und das tritt dann ein, wenn die Jugend ihre Pflichten vergißt.
Eine der besonders wichtigen Pflichten ist die geistige Bildung im sozialistischen Sinne. Sie ist deswegen besonders notwendig, weil an die kommende Generation, also an die Jugend, noch viel schwerere Kämpfe herantreten, als sie die bisherigen Generationen zu bestehen hatten. Man sieht heute in unserer ersten Zeit leider sehr oft, daß die geistigen Pflichten von unserer Jugend vernachlässigt werden. A. B. dann, wenn man „nur“ Sport treibt, und dabei vergißt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es ist notwendig, daß von der Jugend gewerkschaftliche Bildungs- und Agitationsarbeit aller anderen Betätigung vorgezogen wird. Nur starke Gewerkschaften können für die Arbeiterschaft eine gute wirtschaftliche Grundlage, und die Erreichung aller unserer sozialen Ziele hängt von der guten wirtschaftlichen Grundlage der Arbeiterschaft ab.
Ein weiteres Hemmnis für die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Jugend ist die Ueberorganisation in der gesamten Arbeiterschaft überhaupt. Gewiss, unsere verschiedenen Gewerkschaftsverbände, Partei, Freidenker, Turner, Sportler, Reichsbanner, Wandrer, Sängerverbände, ihre Jugendgruppen und Sparten sind notwendige Kulturorganisationen des Proletariats. Wenn man aber immer und immer wieder sieht, wie diese Organisationen zusammen gearbeitet wird, dann taucht die Frage auf: „Leiden wir nicht an Ueberorganisation?“ Oft ist in vielen

Orten, vor allem in den kleineren, die Konkurrenz (betrifft Heranziehung der Mitglieder) unter unseren Organisationen in der Arbeiterschaft so groß und so stark, daß dieser Umstand für alle schädlich wirkt. Diesem Uebel müßte abgeholfen werden. Wir können unsere Jugend nicht zu wirklichen sozialistischen Kämpfern erziehen, wenn z. B. die Turner, das Reichsbanner oder die Sportler nur ihr Hauptgewicht auf die körperliche Erziehung der Jugend legen. Daß das verkehrt ist, und die geistige Bildung vorgehen muß, sieht man z. B. daran, daß sehr oft Jugendliche aus Arbeiterportverbänden überlaufen zur bürgerlichen Sportbewegung. Sie wissen immer noch nicht, wohin sie gehören. Ihnen fehlt eben das Selbstbewußtsein, daß sie zur Arbeiterklasse gehören und vor allem die sozialistische, geistige Erziehung.

Daß die Romantik auch bis zu einem gewissen Grade in unseren Organisationen gepflegt werden muß und damit der Jugend erhalten bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit; denn dadurch gewinnen wir ja oft die Jugend erst. Es wird oft behauptet, und das stimmt ja auch zum Teil, daß die Jugend sich gar nicht geistig bilden will. Ja, wenn das Interesse eben nicht vorhanden ist, dann muß es geweckt werden. Vielleicht hätten wir diese „Krise“ leichter überwunden, wenn wir mehr funktionäre zur Verfügung hätten, die sich besonders der Jugendbildung widmen könnten, wie z. B. die bürgerlichen Jugendbewegungen und vor allem die Kirche (Pfarrer, Lehrer). Wir können uns aber helfen, wenn alle Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft unbedingt mehr zusammenarbeiten würden als bisher. Ich denke da besonders an die Gründung von Kulturpartellen. Die Veranstaltungen der daran beteiligten Organisationen müßten so auf Tage und Wochen festgelegt werden, so daß möglichst nur eine Veranstaltung eines

Bereits an einem Tage stattfindet und nicht, daß drei Vereine an ein und demselben Tage etwas veranstalten. Vor einer Ueberbrennung der Jugend muß gewarnt werden. Was nützen die vielen Vorträge, Kurse, Arbeitsgemeinschaften usw., wenn man das Gebotene nicht verarbeitet kann? Jeder einzelne muß auch so viel Zeit haben, um sich einmal hinsetzen zu können und das zu verarbeiten und zu vervollkommen, was man gehört, gesehen und in Büchern und Zeitungen gelesen hat. Wird das nicht gemacht, so ist es auch zu verzeihen, warum Jugendliche, die oft auch noch am Tage über 8 Stunden arbeiten, am Abend einem Vortrag kein Interesse entgegenbringen.

Die freien Gewerkschaften wollen der Jugend mehr Freiheit erkämpfen, damit Vorträge, Diskussionen, wissenschaftliche, sozialistische Literatur, Wandern, Schwimmen, Turnen, Sport und Spiel immer mehr Eingang in die Arbeiterjugend finden können. Die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft soll gleichgestellt werden mit der des Bürgertums. Wir erreichen das durch die Stärkung der freien Gewerkschaften. Aus diesem Grunde müssen auch wir im Fabrikarbeiterverband einen Nachwuchs heranbilden, der später einmal auf den leer gewordenen Plätzen der alten Funktionäre steht und kämpft. Deswegen bilden wir unsere Jugendgruppen. Wir wollen keine neuen „Läden“ aufmachen. Nein, wir wollen nur mehr gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit der Jugend betreiben als bisher. Wir

haben eine Jugend, die früh schon Hunger, Elend, Verzweiflung, Arbeitslosigkeit, Streiks und Krieg erlebt hat. Sie ist bereit zu kämpfen für eine bessere Welt. Damit sie nicht von radikalen, unverantwortlichen Elementen mißbraucht wird, macht sich eine Zusammenarbeit aller sozialistischer Organisationen notwendig. Durch diese Zusammenarbeit wird auch ein „einheitliches“ Erziehungsprogramm für die Jugend geschaffen werden, das uns sozialistische Kämpfer heranzubildet, die wir ja so notwendig brauchen.

Was liest die Jugend?

Das preussische Volksbildungsministerium hat Feststellungen über die Lektüre unserer Jugend von heute gemacht. Man hat untersucht, was der Jugendliche privat, in Bibliotheken liest und wie sich die Wünsche nach Unterrichtsstoff in den Schulen äußern. Es handelt sich um Jugendliche im Alter von 10 bis 15 Jahren. Das Endergebnis dieser Untersuchung sieht nach der „Deutschen Presse“ folgendermaßen aus: „Die Jugend will Aufklärung über das, was man ihr mit dem Schleier des Geheimnisses umhob, also Aufklärung über Erotik, Geschlechtsleben, Mythen des Lebens und der Liebe. Technische, religiöse, politische Fragen treten zurück. Dann der Drang nach Schauererzählungen, Kriminalromanen, Gruselgeschichten, Detektivgeschichten, Mordaffären. Im einzelnen aus dem Material einiger Blätter, wobei vorausgeschickt sei,

daß die Jugend um das 10. Jahr herum noch an den alten Schmökern (Märchen, Zaubergeschichten, Trobtföchen und Echterbumliteratur) festhält, der moderne Einschlag mit dem 12. Jahre beginnt. In dieser Zeit bis zum 15. Jahr liest man: „Hüter Gatten Weib“, „Das Kind der Liebe“, „Sherlock Holmes, Kari Kar“, „Frauenhaus von Kaito“, „Banditen im Grad“. Im 12. Jahre geht „Casanova“ von Hand zu Hand, eine Tertia hat auf die Zeitschrift „Die Ehe“ abonniert. Die 15jährigen Damen suchen nach Aufklärungsschriften erotischen und medizinischen Inhalts. Sensationsprozesse, der Balk-Brand, Freyzel-Prozess sind gefragt. Die ältere Schuljugend verlangt statt der klassiker modernen Dichter, ein an sich nicht unbilliges Verlangen. Bei der Aussprache über die Auswahl auch wieder der Drang nach Sensation. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß weltanschauliche Fragen, religiöse Thematika, sogar politische Thesen kaum gelesen werden. Auf den Volksschulen spielt in der 1. Klasse Politik eine gewisse Rolle, da sich hier kommunistische Propaganda bereits bemerkbar macht, in manchen Fällen der höheren Lehranstalten hat der Nationalsozialismus die jungen Gemüter manamant benebelt. Hier wirkt der Sport ausgleichend.“

Aus dem Lebensbedürfnis unserer heutigen Jugend kann man erkennen, wie die Anforderungen sich geändert haben. Es wäre unnütz darüber zu lamentieren, da doch daran nichts zu ändern ist. Die Arbeiterklasse muß versuchen, ihre Jugend mit ihren Idealen zu erfüllen.



Der Papst gegen die Frauenbefreiung.

In mehr als in einem Aufsatz haben wir uns mit der Gleichberechtigung der Frau befaßt. Wir haben die Gleichstellung von Frau und Mann sowohl gewünscht, als auch die Veränderungen in dem gegenseitigen Verhältnis festgestellt und daraus die Entwicklung in die Zukunft abgeleitet: Gleichberechtigung in rechtlicher, politischer, sozialer, ökonomischer und sexueller Beziehung. In dem Aufsatz über die „Kameradschafts-ehe“ haben wir am Schluß den Beschluß der englischen Bischofskonferenz in London erwähnt und unsere Freude darüber ausgedrückt, daß die sonst immer rückwärtliche Kirche Zugeständnisse an die Zeit macht und endlich den Kampf gegen neue Formen des ehelichen Zusammenlebens einstellt.

Aber wir haben uns in der ausgedrückten Hoffnung, daß nun auch andere Kirchen, z. B. die römisch-katholische, der englischen Kirche folgen möchten, getäuscht. Zu Neujahr hat der Papst in Rom einen neuen Hirtenbrief erlassen, der sich eingehend mit der Ehe befaßt. Nach einer Darlegung der biblisch-ethischen christlichen Lehre und des christlichen Eheideals nimmt der Hirtenbrief gegen die sogenannte Kameradschafts-ehe und ähnliche Erscheinungen Stellung und verwirft grundsätzlich jede geschlechtliche Veräugung außerhalb der Ehe als sittlich unzulässig. Jeder Mißbrauch der Ehe (Geburtenkontrolle) und jede direkte Vernichtung des leibendenden Lebens wird als dem Geleis Gottes entgegen und naturwidrig zurückgewiesen. Dabei sagt der Papst in seinem Rundschreiben, kein Umstand, der mit der Gesundheit oder mit wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängt, kann eine Entschuldigung dafür bieten. Desgleichen wird die auf der neuen Vererbungslehre beruhende Unfruchtbarkeitsbehandlung schuldbelasteter Personen abgelehnt. Unter Aufzählung der verschiedenen Irrungen gegen die Ehe wendet sich der Papst gegen jede Umstößung oder Umänderung der von Gott gegebenen inneren Verfassung der Familiengemeinschaft durch Aufhebung jeder Ueber- und Unterordnung, um dann in besonders eingehenden Darlegungen der Verwässerung der Ehe und dem unberechtigten und leichtfertigen Abschließen von Ehen und insbesondere der heutigen Ehescheidungsreform entgegenzutreten, die eine leichtere Auflösung des Ehebandes erstrebt.

Was soll man dazu sagen? Zunächst muß man fragen, ob der Papst denn tatsächlich noch eine Macht darstellt, deren Meinungsäußerung überhaupt etwas zu sagen hat. Da der Papst das Oberhaupt der Kirche ist, und diese Kirche im Staate eine starke Macht hat, kommt der Meinung dieses Oberhauptes natürlich große Bedeutung bei. Die evangelische Kirche wird dem römischen Papst keineswegs nachsehen wollen, so daß mit einer kirchlichen Reaktion auf der ganzen Linie zu rechnen ist. Uns könnte die ganze Angelegenheit ziemlich wenig interessieren, wären nicht noch Millionen Arbeiter Mitglieber der Kirchen. Um diese Millionen ist es uns zu tun, um ihre weltliche und geistliche Freiheit. Wenn die Kirche aber versuchen sollte, ihre reaktionären Ansichten im Staate zur Geltung zu bringen, wenn sie alle bisher errungenen Freiheiten (es sind so wenige) befechtigen will, dann wird sie auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse stoßen.

Soweit es sich um die katholische Kirche selbst handelt, so ist der Beschluß nur folgerichtig. Die Kirche hat immer unter Außerachtlassung aller menschlich-natürlichen Erfordernisse gegen

die Menschheit Entscheidungen gefällt; auch der neue Hirtenbrief leugnet die wirtschaftlichen Veränderungen der Gesellschaft, leugnet das neue Wollen der Frau, und will die Frau wieder in die alte Abhängigkeit vom Manne, von der Ehe, von der Liebe zurückführen.

Ein längerer Abschnitt ist auch den Pflichten der Ehefrau in der Ehe gewidmet wobei drei verschiedene Arten von Emanzipation (gute Ueberlegung, Verleiblichmachung) bedauert und verurteilt werden, und zwar die wirtschaftliche, die soziale und die sexuelle.

Unter wirtschaftlicher Emanzipation wird der Versuch der hertigen Frau bezeichnet, sich von den wirtschaftlichen Sorgen des Gatten freizumachen zur Erwerbung einer größeren persönlichen Freiheit. Die Berufstätigkeit der Frau war zwar bedingt einmal durch den Krieg, zweitens durch die Verarmung aller Mittelschichten in der Inflation, und vorher schon durch die billigere Arbeit der Frau im Fabrikbetrieb. Der Papst könnte vielleicht einmal Hebel's Buch: „Die Frau und der Sozialismus“ lesen; dort würde er finden, daß es nicht der Wille der Frau war, sich wirtschaftlich zu emanzipieren, sondern, daß es ein unabänderliches muß war. Dieses muß kann man nicht durch einen Hirtenbrief beseitigen.

Was nun aber die soziale Emanzipation betrifft, so versteht der Papst darunter das Bemühen der Frauen und der verheirateten Frauen insbesondere um eine Umstellung und vor allem ihre Einmischung in die politischen Streitigkeiten der Männer. Auch hier wieder ein völliges Verkennen der tatsächlichen Lage. Dadurch, daß die Frau wirtschaftliche Arbeit leisten mußte, kümmerte sie sich auch um die Einrichtungen der Gesellschaft. Sie wollte besseres Arbeitsrecht, sie wollte bessere Lebensbedingungen für sich und ihr Kind, und deshalb mußte die Frau politisch werden. Die Ansicht des Papstes ist die typische Ansicht des „Mannes“, der seine Vorrechte in der von Männern gebildeten Gesellschaftsordnung nicht geschmälert haben will, der auf seinen Privilegien steht, wie eine Henne auf ihren Eiern.

Die sexuelle Emanzipation ist ebenfalls eine Folge wirtschaftlicher Entwicklung. Der Papst will die sexuelle Befreiung des Menschen nicht. Er kennt nicht die neuen Forschungsergebnisse der Wissenschaft, nach denen unser Leben durch falsche sexuelle Erziehung verkrüppelt und vernichtet wurde; er kennt nichts, er leugnet alles, es scheint, der Papst wurde falsch unterrichtet.

Der neue Hirtenbrief hat auch eine allgemein-politische Bedeutung. Da die Reaktion in ganz Europa marшиert, treffen sich zwei Lager: das nationalstaatliche und das kirchliche. Beide wollen in dem Punkte „Frau“ daselbe. Der Faschismus in Deutschland und allen anderen Ländern ist Gegner der Frauenemanzipation, er will die Frau zur „Hausfrau“ zurückverwandeln. Die Kirche ist sein natürlicher Bundesgenosse. Der § 218, der einige Zeit stark im Wackeln begriffen war, steht fester als je. Wo findet sich die Mehrheit zu seiner Beseitigung? Die Entwicklung, die einmal begonnen hat und die wir um der Menschheit willen begreifen, wird sich doch durchsetzen, dessen sind wir gewiß. Darum wollen wir uns vor der ägyptischen Finsternis, die hereinzubrechen droht, nicht fürchten, sondern die Gefahr erkennen und auf anderem Posten stehen. Heute mehr als je.

Walter Blitt

Frauen streiken!

Es sei vorausgeschickt, daß diese Disziplinlosigkeit der Frauen nicht etwa aus das häusliche Leben übergriffen hat. Im Gegenteil! Die spanische Frauen — und speziell die von Sevilla, von denen wir hier zu berichten haben — erfüllen ihre häuslichen Pflichten nach wie vor mit großer Eingabe, der Gatte genießt ihre Liebe und die Kinder finden die Mutterbrust. Nur im gewerblichen Leben lassen sie nicht mehr immer mit sich tun, was den Brotherren gefällt. Sie beginnen, ihre eigene Meinung über Löhne und Arbeitszeit zu haben, und allmählich organisieren sie sich in schöner Solidarität, um Unrecht, das der einen zugefügt wird, gemeinsam abzuwenden. So etwas wie eine weibliche Gewerkschaftsbewegung.

In Sevilla hatte sie ihre Feuerprobe zu bestehen. Eine Arbeiterin der dem Monopol gehörenden Rindholzfabrik war gemahregelt worden. Nach Ansicht ihrer Kolleginnen zu Unrecht. So... Wie denn die ganze weibliche Belegschaft der Fabrik — etwa 2000 Frauen — der Direktion ein Ultimatum. Entweder die entlassene Arbeiterin wird wieder eingestellt oder der Betrieb wird durch passive Resistenz stillgelegt. Die Direktion sagte: „Bitte schön, tut, was ihr wollt.“ Wir bleiben bei unserem Entschluß.“ Daraufhin hörten alle Arbeiterinnen auf zu arbeiten. Sie blieben in ihren Eilen, unterhielten sich und machten allerlei Unfuss. Aber nicht zu zehn Centimos Rindholz wurden mehr hergestellt.

Die Fabrikleitung dachte sich, einmal muß das ja wohl ein Ende haben. Die Arbeiterinnen werden Hunger bekommen, nach Hause gehen und dann wiederkommen und die Arbeit aufnehmen. Oder aber sie blieben zu Hause, und die Fabrik konnte neue Frauen einstellen, die weniger gut organisiert waren. ... Doch die Herren hatten sich getäuscht. Als die Mittagszeit herankam, machte niemand Anstalten, nach Hause zu gehen. Im Gegenteil, die Streikenden bekamen Zugang

Männer und Geschwister, Eltern und Kinder brachten ihnen die Mahlzeit in die Fabrik. Die Gesichter der Direktoren wurden länger, und brummend fügten sie sich in ihr Schicksal, bis zum Abend warten zu müssen. Denn schließlich konnten die widerpensigen Weiber ja doch nicht in ihren Arbeitsstätten übernachten!

Doch die hohe Direktion hatte sich noch einmal getäuscht. Als der Nachmittag den Arbeiterinnen unter allerlei munteren Späßen vergangen war, traten wiederum die Scharen der Angehörigen auf. Zuerst kamen diejenigen, die keine Kinder zu hüten hatten, Säuglinge, die nach der Mutter schrien und nun in der Fabrik gestillt werden wollten. Da rüdten andere Trupps mit Kochgeschirren und Matratzen an. In wenigen Stunden verwandelten sich die Arbeitsräume der Rindholzfabrik in ein Nachtstahl, in dem es sich die Arbeiterinnen so bequem wie nur möglich machten.

Für die Brotherren war guter Rat teuer. Mit Gewalt konnte man doch die Frauen nicht aus dem Gebäude hinaus-treiben. Die Polizei weigerte sich auch, dazu ihre Hand zu bieten. Schließlich gab man nach und stellte nur zur Verhütung allzu schlimmen Unfalls einen Doppelposten der Gendarmerie in den Fabrikräumen auf.

Auch am nächsten Tage und am kommenden Abend wichen die Streikenden nicht. Sie hatten ja schließlich ganz gut so, manche sicher besser als in den dumpfigen Köchern der kimmerlichen Familienwohnung. Der Spaß, den die Sache machte, kam gratis dazu.

So blieb denn am Ende der Fabrikleitung nichts anderes übrig, als nachzugeben. Und am dritten Tage wurde die entlassene Arbeiterin unter großem Gallos wieder an ihren Arbeitstisch zurückgeführt.

Vielleicht möchte nicht jeder Streik in Europa so durchgeführt sein. Aber Sevilla bleibt Sevilla. Die Stadt der Carmen hat noch immer Sinn für Romantik. Auch wenn die Drähte der romantischen Marionetten von einer Gewerkschaft geföhrt werden.

S. T. J. im „Berliner Tageblatt“.

Vom Unflug des Küssens.

Von Professor Seligmann,

Direktor im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin.

Von den Eskimos erzählt man, daß sie zur Begrüßung Nase an Nase reiben; unter den zivilisierten Völkern ist der Kuß der Ausdruck besonders herzlicher Begrüßung. Das bedeutet nicht nur enge körperliche Verührung, sondern auch den innigen Austausch von Atem und Mundfeuchtigkeit. In Frankreich und Rußland, wo sich auch die Männer vielfach küssen, vermeidet man die gegenseitige Mundberührung, küßt sich auf beide Wangen — eine Maßnahme unbedenklicher Vorsicht? — Bei uns ist in manchen Kreisen der Handkuß üblich; nicht jeder Damenhand blüht immer vor Sauberkeit, nicht jeder Handschuh, der auf der Straße gelegentlich die Ehre des Handkusses erfährt, ist so appetitlich, daß man ihn gern in den Mund nähme! Aber die Sitten, die Minnebiemi und bitterlicheit angenommen haben, sind auch in früheren Zeiten schon Gegenstand des Kopfschüttelns gewesen.

Zedenfalls sollte man mit dem Küssen sparsam sein und namentlich die Kinder vor unnützen Kärtlichkeiten bewahren. So manche Krankheit geht den Weg von Mund zu Mund; je kleiner und „kistlicher“ die Kinder sind, um so empfänglicher sind sie für Aufstecungen jeglicher Art. Deshalb „Mund weg“ von den Kindern!

Was soll man aber erst von Menschen halten, die Tiere küssen? Besonders Hunde werden ausgewählt; manch Dadel stößt, wie dreifert, immer wieder mit der Schnauze in Menschen Gesicht. Und hat so, nicht selten, böse Krankheit, den gefährlichen Hundewurm übertragen! Manariensbögel und Papageien füttert mancher Tierliebhaber von Mund zu Mund. Als vor einiger Zeit die „Papageienkrankheit“ im Lande war, erfuhr man von der schweren Erkrankung einer Frau, die ihre Lora mit Schokolade von Mund zu Schnabel geföhrt hatte.

Es gab früher eine viel verbreitete Ansichtskarte, auf der eine elegante junge Frau ihr edles Reitpferd — auf die Schnauze küßte. Ein hübsches Bild, das manchem Beschauner ein schwärmerisches „wie süß!“ entlockte. — Die richtige Unterschrift hätte lauten sollen: „Phui Teufel!“

Frauenmode und Krise.

Es bedarf keines Beweises, daß die Frauen der arbeitenden Klasse genau wie ihre Männer unter der schweren Wirtschaftskrise zu leiden haben. Eigentlich haben die Frauen diese schlechte Zeit noch mehr zu fühlen als die Männer. Bei den sogenannten besseren Schichten scheint dies nicht immer der Fall zu sein. Im „V. T.“ vom 3. Januar redet die bekannte Frauenrechtlerin Alice Salomon den sogenannten „besseren“ Frauen ins Gewissen, den erhöhten Aufwand etwas einzuschränken und die ins Meerlose geflüchten Aufwendungen etwas zurückzuschrauben. Die Frauen wären berufen, durch die Rückkehr zur Einfachheit dem Mann das Durchhalten in der Krise zu ermöglichen. Dann heißt es wörtlich: „Müssen wir uns in dieser Zeit der Depression eine Mode gefallen lassen, die den Preis der Kleider in den letzten Jahren auf das Doppelte erhöht hat? War nicht die Freude der Textilindustrie, den Frauen wieder einen gesteigerten Verbrauch an Stoff aufzuzwingen zu haben, verkrüßt und die Rechnung falsch gemacht? Denn was nützt ihnen und den Schneidern der verdoppelte Absatz, wenn die Pölke der Kunden die Rechnung nicht bezahlt? Es ist einfach nicht wahr, daß in schlechten Zeiten der Luxus die Kaufkraft erhöht. Er schafft nur ungesunde und unmoralische Zustände. Er schafft eine allgemeine Unfruchtbarkeit. Er unterwühlt das Geschlechtsleben. Er gefährdet die Existenz ganzer Familien. Er vernichtet den Ruf deutschen Weizens.“ Den Frauen der Arbeiterklasse braucht eine solche Strafpredigt nicht gehalten zu werden. Aber es ist in der Tat so, daß man in dieser schweren Depressionszeit manchmal einen Luxus beobachten kann, der zu dem Massen-elend im stärksten Widerspruch steht.

Wozu ein Helm?

Amerikanische Blätter geben folgende Satire über das hinführende amerikanische Familienleben wieder:

Ein Hausvermaßer preist einem eben getrauten Paar eine Auswahl von Häusern an und vermischt, ihm den Kauf schmackhaft zu machen. „Wozu sollen wir uns ein Haus kaufen?“ meint die junge Frau ab: „Ich bin in einer Entbindungsanstalt zur Welt gekommen, bin in einer Kinderbewahranstalt aufgezogen, in einem Pensionat erzogen worden; ich lernte meinen Bräutigam in einem Auto kennen und heiratete ihn in einer Kirche. Meine Mahlzeiten nehme ich in einem Hotel ein, ich wohne möbliert, verbringe den Vormittag beim Golfspiel und den Nachmittag beim Bridge. Abends gehen wir zum Tanz oder ins Kino. Wenn ich krank werde, lasse ich mich in einem Krankenhaus verpflegen, und wenn ich sterbe werde ich durch ein Beerdigungsinstitut behattet. Alles, was ich benötige, ist eine Garage und dann ein Schlafzimmer.“

F. T.

Vorher — Hernach.

Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

„Ein Glas Bier wird es ja wohl sein müssen“, antwortete Andreas leise von seiner Ecke her, „aber dann möchte ich der Lisa Mädchen gern einen „Guten Tag“ in der Heimat sagen.“

Lisa schreckte zusammen. Ihr suchender Blick ging nach der Ecke.

„Andreas! ... Du? ... Ach Gott, ach Gott! ... Du? ... Nein, so was!“ schrie sie dann auf.

Ihre Ueberraschung klang ehrlich. Deutlich konnte er auch ein Breuen aus der Stimme heraus hören.

„Ich komm' gleich zu dir. Ich muß nur das Bier hereintragen, sonst schimpfen die da drin und stecken die Nasen zur Tür heraus.“

Sie trug die gefüllten Gläser in das bessere Stübchen. Beim Türöffnen quoll ein breiter Rauchschwaden heraus und drängte in die Gaitrube, sich zur Büllampe emporingelend.

Lisa hatte die Tür zum besseren Stübchen nur angelehnt. Darum konnte man bequem die einzelnen Stimmen unterscheiden. Der hellere Klang der Stimme Lisas war, wie auch ihr glühendes Lachen, deutlich aus dem Lärm und Stimmengewirr herauszuhören. Dann überlante eine fette Stimme das Durcheinander: „Schönste aller Schönen, Lisa, du Hebe aller Heben! Nur weinlaubumrankt müßt ihr du kredenzen! Beim fünften Glase habe ich ein urgermanisches Anrecht, daß du mir die Stimme antrinkst. Sie ist ja groß genug, 'ne reine Konditormühle! Trink! Sonst krieg' ich das jämmerliche Kriegsgewiß nicht in meine darmdurchschlungene Alkoholparkasse.“

„An meine stolze Männerbrust, oder willst du mir die Ehre erweisen und zu dieser feierlichen Handlung auf meinen Anien Platz nehmen? Für dich, meine Schöne, Golde, stelle ich alles zur Verfügung! Reiß' dich nicht an meinem E. S. Erler.“

„Ich bin wirklich neugierig, Herr Rat, wie Sie zu dem Kreuz gekommen sind. Sie waren doch nie im Schützen-graben.“

„Meine Krötel Stell' nicht so dumme Fragen. Trink' lieber an. Und merke dir dann für dein ganzes Leben den phthagoräischen Lehrsatz der praktischen Lebensvernunft: Wenn einer nah werden will, dann soll er sich dort unter das Haus stellen, wo die Regentraufe ein Loch hat. Verstanden? Begriffen? Berken vor's Wolf gemorfen?“

Er medierte über den eigenen Witz.

„Dann los!“ hörte Andreas nun wieder Lisa sagen. „Wenn Sie nicht mehr verlangen. Aber zunächst ist das nicht das fünfte, sondern schon das siebente Glas. Ich kenne den Durst meiner Herren und auch ihr löcheriges Biergedächtnis sehr genau. Prost, meine Herren!“

Gläserklirren, Aufklappen und zweideutige Bemerkungen folgten. Andreas kusste den Ton der älteren Herren gut genug, um sich nicht sofort ein Bild der Bescher machen zu können. Auch das Längirren der Kellnerin bewegte ihn als typische und stets lächerliche Erscheinung nicht besonders. Es blieb sich doch immer wieder gleich, ob hier oder anderwärts: Ehrbare, würdige und hochbeamtete Männer, die sonst in ihrem bürgerlichen Scheinleben von Moral und Anstand irreflen, sich jedem andern als Vorbilder hinstellen, gefallen sich an den Viertischen in den plattesten und gewagtesten Schänkefrazetten, als verlange eben ihr gehendstes Tagelohn die Ausübung der zurückgedrängten Gelüste am Abend in der gleichgeschlimmen Stammtischrunde.

Das alles ließ Andreas unberührt. Nur die Stimme von Lisa misßfiel ihm. Sie klang forsch und froch und zeigte einen häßlichen, fremden Unterton. Den Ton, den man von den auf- und abwandernden Mädchen nächstens in der Großstadt an das Ohr schlagen hört.

Andreas begriff. Das war nicht mehr das alte Mädel von ehemals, die kleine, schlanke, liebe, hingabende Lisa, die das Abzwecknehmen zum Verlangen und Schenken drängte und die bedrückt und zerbrochen war, als das reine Geischt in torichtem Bedenken nicht genommen wurde. Hier hatten die Kriegsjahre auch gewandelt und heruntergezogen.

Lisa trat aus der Tür. Ein lautes, freches Lachen drang mit ihr durch den Türspalt, hängt sich gleichsam an die volle, üppige Gestalt der forschenden Kellnerin. Sie lachte mit der linken Hand das wirre Haar aus der Stirn. Ihr Gesicht glänzte in leichter Röte. Schnell schickte sie einen Blick in den großen Spiegel, der hinter der Theke hing, glitzerte auch noch die jüngere weiße Schürze und kam zögernd zu Andreas an den Tisch.

Eine Weile sahen sie sich stumm in die Augen. Ihr wurde unbehaglich.

„Willkommen, Andreas!“ sagte sie, das brüdennde Schweigen unterbrechend, mit leiserer Stimme und reichte ihm die Hand.

Der weichere Ton ihres Grußes weckte das Erinnerung.

„Guten Abend, Lisa!“ dankte er.

Er reichte ihr die Hand und stand dazu auf. Das gefiel ihr. Sie nickte ihm. Andreas fühlte das rauche Vergleichen: einmala und heute. Er wußte, daß auch er ein anderer geworden war. Nicht umsonst trug man vier Kriegsjahre auf dem Rücken.

Lisa sah sich nach dem aufmerksamen Mätern noch um und schmolte dann: „Zum Willkommen gebührt ihm ein Auf. Das geht's dich. Oder bist du noch, immer so...“

„Schüchtern und ängstlich? Oder gemierst du dich? Auf die weiße Blat' da drin brauchst du keine Rücksicht zu nehmen. Die sind um diese Zeit alle nicht mehr...“

Sie wartete keine Antwort nicht ab. Sie merkte das Hören und die Unschicklichkeit, die ihr...

„Er bekam den Biergeschmack und den Alkoholgenuß...“

„Lisa sah sich nach dem aufmerksamen Mätern noch um und schmolte dann: „Zum Willkommen gebührt ihm ein Auf.“

„Schüchtern und ängstlich? Oder gemierst du dich? Auf die weiße Blat' da drin brauchst du keine Rücksicht zu nehmen.“

Sie wartete keine Antwort nicht ab. Sie merkte das Hören und die Unschicklichkeit, die ihr...

„Er bekam den Biergeschmack und den Alkoholgenuß...“

„Lisa sah sich nach dem aufmerksamen Mätern noch um und schmolte dann: „Zum Willkommen gebührt ihm ein Auf.“

„Schüchtern und ängstlich? Oder gemierst du dich? Auf die weiße Blat' da drin brauchst du keine Rücksicht zu nehmen.“

Sie wartete keine Antwort nicht ab. Sie merkte das Hören und die Unschicklichkeit, die ihr...

„Er bekam den Biergeschmack und den Alkoholgenuß...“

„Lisa sah sich nach dem aufmerksamen Mätern noch um und schmolte dann: „Zum Willkommen gebührt ihm ein Auf.“

gänger gewesen sein. Und vom Eisernen Kreuz erster Klasse hat sogar der Pastor in der Kirche gepredigt... Als Lisa machst du eine gute „Fassung“!... Komfortabel!... Warum sagst du kein Wort?... Gefall' ich dir nicht?... Oder bist du gar gekommen, um unsere Verlobung aufzulösen? He? Mit deiner Jugendliebe?“

Sie lachte und preßte ihr Gesicht an das seine. Er ließ es ruhig geschehen.

„Wie ich glühe, Andreas! Das macht die Wiedersehensfreude. Natürlich auch das Geschäft. Die da drinnen lesen mir schon zu. Wegen des lumpigen Trinkgelds glauben sie sich allerhand herausnehmen zu können. Bei mir kommen sie an die Richtige. Ich nehm' was ich kriegen kann, aber ich vergeb' mir nichts! Nichts, Andreas! Hunderttausend Mark hab' ich auf der Sparfasse keine Mitgift, was?... Aber ich bin im Geschäft auch dahinter her. Wenn Transporte durch die Stadt kamen, ging's im Grünen Baum hoch her. Sekt und Rheinwein! Die Offiziere... na, du wirst ja über solche Sachen Bescheid wissen. Der Scheff überläßt mir alles. Er schafft nur herbei, was gebraucht wird. Heute ist er nach Schweinen über Land. Alle Freitage ist hier hinten Eisbein-essen. Wenn's nichts zu schlampampen gibt, kommen die Herren nicht mehr. Der Scheff kommt erst morgen wieder.“

Lisa Mädchen, deine Braut, muß heute abend ganz allein mit bloßen Füßen in das Bett steigen. Müßt dich das nicht?... Aber du sagst ja kein einziges Wort?... Ne! doch einen Ton! Hal!... Verrottete Hehle!... Natürlich!... In der Aufregung vergißt man alles. Was wolltest du? Ein Glas Bier?... Na, hör' mal, mein lieber Junge, daraus wird nichts! Ein Wiedersehen mit seiner heimlich angelobten Braut feiert man ganz anders. Wein muß her! Im übrigen bist du heute selbstverständlich mein Gast, mein süßer Feingelächter! Wir

find doch so gut wie verlobt. Uns kann keiner mehr! Nicht?... Trägst du einen Ring? Zeig' mal deine Hände her! Du hast ja nicht einmal einen Ring, den du mir schenken kannst!... Du warst mir also... ganz treu?... Von oben bis unten?“

„Gegenseitig! Auch von links bis rechts!“ warf er spöttisch ein und unterbrach ihren haltigen, ungehemmten Medetrom, der ihm an ihr etwas Neues war. Er merkte die Unsicherheit, die hinter dem Wortschwall geduckt lag, aber sein Verlangen, über alles klar zu werden, ließ ihn stumm ausharren. Sie wurde bei seiner spöttischen Antwort rot und sah ihn von der Seite an. Ihr Gefühl riet ihr, anders mit ihm umzugehen. Sein ernstes Gesicht und die bitteren Linien um die Mundwinkel beunruhigten sie. Schnell griff sie nach seinen Händen und drückte sie gegen ihre volle weiche Brust.

„Küßst du, wie mein Herz schlägt? Alles wegen dir. Ich hab' mich fürchterlich um dich gebangt...“

„So?“

„Jetzt glaubst du mir wohl nicht? He? Jetzt soll ich wohl an allem schuld sein? Ja, zuerst war ich auf dich böse. Schändlich! Ich wollte überhaupt nichts mehr von dir wissen. Deine Weisheit hab' ich zerissen. Dann, wie der Apotheker fiel und ich meine Stellung verlor und im Grünen Baum ankam, sah ich, wie das Soldatenleben ist. Die Stuben stecken ja immer voll von Offizieren und Soldaten. Alle haben erzählt. Manchmal mußte man sich vor Entsetzen und Grausen schütteln. Besonders die Verwundeten oder die, die zum zweiten oder dritten Male hinausgingen, konnten auspacken. Das Herz stand einem still. Dann dachte ich an dich, wo du wohl sein magst, ob du auch so ausstehen mußt oder ob du auch schon...“

(Fortsetzung folgt.)

Nur im Kampfe

Noch nie verloren wir den großen Glauben,
Nie wird man uns das Licht der Zukunft rauben,
Wenn wir auch, Knechte noch, im Bann der Werke stehn
Und müde oft durch dunkle Straße gehn.
Stets sind wir gläubig, jeder denkt daran,
Daß keiner unsere Schritte hemmen kann.

Wenn auch noch tausend Stimmen täglich nieder schreien:
Ihr seid nur Sklaven, werdet's immer sein!
Wir werden dennoch stolz die Stirn erheben
Und, vorwärtstrebend, heiligen Zielen leben...
Und nie uns bucken, nie zufrieden sein;
Denn jeder weiß ja: Keiner steht allein!

Wir sind Millionen, die im Gleichschritt schreiten!
Die jeden Tag sich wieder neu bereiten!
Die täglich ringen, bis wir dennoch siegen.
Und trotz des Todes die roten Fahnen fliegen...
Wer Mut besitzt, der kommt und schreiet mit!
Denn wir sind Macht, und Sieg droht unser Schritt.

Wir sind Millionen, die trotz allem glauben,
Daß keine Macht uns kann die Zukunft rauben,
Für die wir kämpfen, eins in eins die Hände,
Bis alle Not und jeder Zwang ein Ende.
Dum glaub' auch du, o, glaub' und schließ' die Reiß'n,
Denn nur wer kämpft, wird einmal Sieger sein!

B. H. O. d.

Der graue Vogel.

Von der Welt trennte ihn das große Viertel des Dachfensters über seinem Kopf. Zwei Scheiben waren zersplittert. Es war Winter. An den Öffnungen irisch grauer Dunst vorüber. Jemand hinter den dämpften Konturen der Stadt sparte die Dämmernung, ein großer Vogel, ihre Schwingen aus und kam näher. Die Scheiben erblindeten davon. Seine Nahrung seit drei Tagen waren Gedanken. Er erzeugte sie selbst und verbrauchte sie dann gewissenhaft. „So habe ich mich rechtlich aus mir selbst ernährt“, dachte er gerade abschließend und schloß die Augen... Wenn wir in welchem Zustand in einen dunklen Raum treten, sind unsere Sinne geschärft für Geräusche. Und so hörte jetzt er, der durch das einfache Zuklappen seiner Augendeckel alle Lichter der Welt für sich selbst souverän verlöscht hatte, die Geräusche der Stadt, die aus der großen Tiefe sonst nur schwach zu ihm heraufdrangen. Den Reiz des Lärms verdrängte die Gewöhnung. So geriefte er wie ein Gott, der, das All durchdringend, über- all beherrschter ist, den tausendfältigen Lärm. Vieles ver- stärkte er in sich und ließ es immer wieder und wieder er- klingen. „Das sind die Räder“, dachte er, „die ich aus meiner Kindheit kenne.“ Und es fieseln ihm Sinnprüche ein, wie „Die Zeit rollt wie ein Rad durch das All“, oder „Du wirst unter die Räder kommen, wenn du so weiter machst, mein Junge!“

Das waren die Worte des Vaters. Erstent griff er nach Nahrung. Einmal ging er vor langer Zeit in einer anderen, kleineren Stadt neben dem Vater in die Dämmernung. Ein großer und ein kleiner Mann auf dem Heimweg im leichten Gespräch. Denn er reichte dem Vater damals kaum bis an die Hüfte. Da sah er dieses Bild zum erstenmal. Einmal blickte er hinein und zeigte auf die Stadt, die näher kam, und hinter die verstreut aufblühenden, ersten Lichter in die Ferne, wo die Kette der Berge verbläute.

„Was ist das für ein großer, grauer Vogel hinter der Stadt?“

„Das ist die Dämmernung“, sagte der Vater und sah ihn bekümmert an.

„Kein Beruf, der seinen Mann ernährt, Gedanken aufzuschreiben oder Gefühle.“ Er war ein gutes Stück gewachsen und kam ein- mal in jene Stadt heim, ziemlich abgerissen und verlost. Sie führten keine langen Gespräche mehr. Denn er war durch die kleine Lücke einer hohen Mauer eingetreten in eine andere Welt, und als er sich umbläute, konnte er den Vater und die anderen nicht mehr sehen. Und es stimmte, daß er immer mehr unter die Räder kam. Die Räder stießen ihn blutig, öffneten riefte Wunden an seinem Körper, und durch die Wunden drang ein fremdes, seltsames Leben in ihn ein, stark und schmerzhaft, ohne daß er dafür konnte. Lange Zeit wohnte er überhaupt nicht.

Hier brach die Gedankenkette ab. „So könnte man seine Biographie beginnen“, sagte er, die Augen öffnend. Das Viertel des Fensters war verschwunden, die Dunkelheit herrschte. Als er aufstand, um einen Gang durch die Stadt

anzutreten, kam er sich wie ein gebrochener Betrüger vor. Denn in der rechten Handtasche spürte er die Rehpfeifenmünze, um die es an jenem Nachmittage gegangen war. Ein heftiger Kampf war ausgefochten worden, denn im Dachraum, den man, wenn man Lust hatte, auch hochtrabend „Meier“ nennen konnte, befand sich ein Gasautomat — Gas für zehn Pfennig reichte zwar nicht zu einem soliden Selbstmord, aber es war angenehm, diese verlockende Möglichkeit, die man aus kurzen Zeitungsnotizen kannte, vor Augen zu haben. Andererseits konnte man für zehn Pfennig drei Brötchen kaufen. Jetzt war auch das vorbei, denn die Räder schlossen um sieben. Gedankennahrung füllte den Magen nur mangelhaft. „Wir gehen aus“, sagte er zu seinem schäbigen Ueberzieher, während er ihn anzog. Auf den Straßen herrschte ungewöhnlich reges Leben, die Gegend der Gedächtniskirche war hell erleuchtet, die Kaffees, Bars und Tanzlokale waren bis auf den letzten Platz besetzt und er bequagete auf seinem Weg zum nahe gelegenen Künstlerlokal etwa zwanzig Betrunkene. Raseten und Feuerwerk flogen durch die Luft. Im kleinen Lokal war die Stimmung weit fortgeschritten. Er geriet mitten in eine Gesellschaft unbekannter Leute, die seine traurige Gestalt mit großem Gaflo begrüßten und ihn sofort in ihre Mitte luden. Viele Getränke unbestimmbarer Natur rannen während der nächsten zwei Stunden durch seine Kehle, und sein ausgehungertes Magen reagierte prompt auf den Wein des Alkohols. Um zwölf wurde er darüber aufgeklärt, daß alle soeben über die ausgetretene Schwelle des alten hinüberflogen in ein neues Jahr, und er freute sich kindlich darüber, dieser Zeitspanne, die ihm viel Hunger und Entbehrung gebracht hatte, mit heiler Haut entronnen zu sein. Später teilte sich die im Lokal anwesende Gesellschaft in zwei Gruppen, die verschiedenen radikalen politischen Richtungen angehörten und eröffneten die Feindschaft. Einige Fensterscheiben und Spiegel wurden zertrümmert. Gegen drei Uhr morgens befand er sich am Arm einer jungen Dame, die Silde oder ähnlich hieß und gerade über kein passendes Nachtlouis verfügte, auf dem Heimweg. Er berichtete überschwänglich von seiner prachtvollen Wohnung. Die junge Dame hatte zwei Stellen in ihrem Handtaschen, die nach im Treppentur unter großem Lärm und Gepolter verzehrt wurden. Oben angelangt, kamen sie nicht in die Verlegenheit, Licht zu machen, denn die Leistung war infolge chronischen Nichtbezahleus der Lichtrechnung schon seit langem abgebrochen. Es herrschte empfindliche Kälte im Raum, aber da es keinen Ofen gab, sparten sie die Wärme, Feuer zu machen. Als er sich im Dunkeln neben die neu-gewonnene Gefährtin unter die einzige Decke legte, die er besaß, wunderte er sich über die Leere des Zimmers. Und nach einer Weile, als bereits vollkommene Stille herrschte und nur die Fragen des Dachgebälks leise im Wind knarnten, der durch die zerbrochenen Fensterscheiben strich, fuhr er noch einmal auf und sagte laut in das Schweigen:

„Die Gedanken sind fort, ich bin hungrig!“

Über niemand antwortete ihm.

Alexander von Sacher-Masoch.

Der sterbende Bison.

Es war in der ganzen Geschichte der Erde so, daß Tierarten ausstarben, um neuen Tierarten Platz zu machen. Wir brauchen nur an die Riesentiere von einst zu denken. So stehen auch heute wieder manche Tiere vor dem Untergang, und es ist eine Frage, ob die Rettungsversuche der Menschen nützen.

Eines von ihnen ist der Bison, der so eng verbunden ist mit den Anfängen der menschlichen Kunst. In den alten Höhlen in denen primitive Menschen einst hausten, da fanden wir den Bison an die Wand gemalt. Da bricht er in der schlichten Zeichnung einer einfachen Menschen getroffen zusammen, den Kopf unter dem Körper, genau wie heute noch die Stiere in der spanischen Arena.

Vor 15 000 Jahren haben Menschen so den Bison gezeichnet, und die ganzen 15 000 Jahre danach bis heute lebte der Bison auf der Erde. Bis diese Zeit ihm zum Untergang bringt.

Denn nur durch die geschäftliche Wier der Menschen acht dieses Tier jetzt zugrunde. Vor Jahrzehnten gab es in Amerika noch einige Millionen dieser Tiere, aber als die Vöner dann durch die weiten Steppen geleitet war, wurden die Tiere weggeschossen, um die Häute zu Geld zu machen, bis jetzt nur noch 5000 Büfons in Amerika vorhanden sind.

In Europa sind auch von den Nächstverwandten des Büfons, von den Wisent en, nur noch einige Exemplare vorhanden. 20 mischende Wisente gibt es noch in Europa und 70 in zoologischen Gärten. Und so wird es dem Wisent ergehen wie dem Auerochsen, der noch im 15. Jahrhundert als Wildtier bei uns lebte, dessen letzten Vertreter man aber im Jahre 1627 abgeschossen hat.

Man bemüht sich allerdings um diese vergehenden Tiere, so wie man auch im Menschenzusammenleben meist nachher versucht, statt vorzubauen. Aber das Tier wird nicht mehr zu halten sein. Und mit ihm wird die letzte Erinnerung hinauchen an jene Urzeit, in der Menschen mit den arden Wildtieren zu kämpfen hatten, und in der solch Erlebnis des primitiven Menschen der erste Anlaß war zu Normung und Bild und Kunst.